



XIX KONGRESS

Die Wurzeln der Gewerkschaft.

Ohne Arbeitskämpfe gibt es keine Zukunft

1. Gründe für ein alternatives Dokument.

Eine radikale, konfliktorientierte und klassenbasierte CGIL.

Der letzte CGIL-Kongress hatte bei vielen Menschen die Hoffnung auf einen Wandel in der Linie der letzten Jahre geweckt, hin zu mehr Demokratie, sozialen Konflikten, Autonomie von der Politik und einer engeren Beziehung zu den Bewegungen der Zivilgesellschaft. Diese Änderung ist nicht eingetreten. Aus diesem Grund legen wir ein radikal anderes Dokument als das des nationalen Sekretariats vor und bitten euch, es zu unterstützen.

In den letzten Jahren hat die CGIL keine wirksame Opposition gegen die Regierung geleistet und eine Einheit mit der Führung von CISL und UIL vorgezogen. Wenn Die CGIL versucht hat, die Arbeitswelt zu mobilisieren, schien sie nicht überzeugt zu sein, scheute sich, die Systemkompatibilität in Frage zu stellen, und war darauf bedacht, die Bedingungen für die Bewältigung der Krise gemeinsam mit den Unternehmern und der Regierung zu schaffen.

Wir befinden uns in einer außerordentlich ernsten Phase, die durch eine weltweite Pandemie, eine sich verschärfende Umweltkrise und die Gefahr eines Krieges von globalem Ausmaß gekennzeichnet ist. Eine Phase, die durch ein kapitalistisches Krisenmanagement gekennzeichnet ist, das angesichts der außergewöhnlichen Rezession im Jahr 2020 eine umfangreiche Ausgabenpolitik in Gang gesetzt hat: Durch Wirtschaftsmanöver und europäische Fonds wurden 396 Milliarden Euro bereitgestellt, der größte Teil davon in Form von Schulden, die wir in den kommenden Jahren zurückzahlen werden müssen. Nach jahrelangen Opfern hätten endlich Mittel für den Sozialstaat, Arbeit, Löhne, Sicherheit, Renten, Investitionen in den Süden und die Beschäftigung von jungen Menschen und Frauen zur Verfügung stehen können. Stattdessen gingen diese Mittel wiederum hauptsächlich an Unternehmen und den Markt. Für das Gesundheits- und Schulwesen, das nach der Pandemie die erste Dringlichkeitsstufe des Landes sein sollte, wurden unzureichende Mittel vorgesehen, die durch die Entscheidung, die Militärausgaben noch weiter zu erhöhen, noch zusätzlich verringert wurden.

In dieser Situation hätte die CGIL eine Trendwende fordern müssen, die der Krise entgegenwirkt, und mit einem vereinigenden Maßnahmen des Arbeitskampfes Investitionen für die Arbeit fordern müssen, um eine

Reform des Rentensystems in einem gerechten und sozial nachhaltigen Sinne zu finanzieren, sowie Realloohnerhöhungen, die angesichts der steigenden Energiekosten umso notwendiger und dringlicher sind. Stattdessen sind wir die Draghi-Regierung gefolgt und haben auf eine soziale Oppositionsrolle verzichtet. Wir haben uns auf ein widersprüchliches Management der Gesundheitskrise eingelassen, das von Anfang an auf die Sicherung des Profits und der Wirtschaft vor der öffentlichen Gesundheit ausgerichtet war. Die CGIL akzeptierte die Entscheidung, den Entlassungsstopp aufzuheben, die Entscheidung, weitere Kürzungen bei den Sozialdiensten vorzunehmen, und die Entscheidung, neue Privatisierungen vorzunehmen. Wir haben uns nicht gegen die differenzierte Autonomie ausgesprochen. Als wir schließlich am 16. Dezember in den Generalstreik traten, war es bereits zu spät. Es gab keine wirkliche Absicht, endlich eine soziale Opposition aufzubauen, und in der Tat gab es monatelang keine allgemeine Mobilisierung vor Ort, trotz eines weiteren gebrochenen Versprechens in Bezug auf die Renten und der Verarmung der Löhne aufgrund der steigenden Inflation.

Es besteht eine große Kluft zwischen dem, was die CGIL in ihren Dokumenten verkündet, und dem, wofür die Führung mobilisiert und verhandelt. Es ist der Zustand derer, die wir vertreten, der dies offenkundig macht. In den letzten 30 Jahren sind in Italien die Reallöhne gesunken, die durchschnittlichen Arbeitszeiten sind länger geworden, die Unsicherheit hat zugenommen, die Beschäftigungsquote der Frauen, insbesondere im Süden, liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt, und täglich sterben im Durchschnitt drei Menschen bei der Arbeit. Um dies zu ändern, muss die CGIL zunächst einmal die von ihr in den letzten Jahrzehnten akzeptierte und praktizierte Linie in Frage stellen.

Seit Jahren verspricht sie beispielsweise auf den Kongressen eine Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn und schlägt dies nun per Gesetz vor. Es ist ein großes Ziel, aber es reicht nicht aus, es zu schreiben, wenn wir uns dann nicht wirklich mobilisieren, nicht einmal für die Senkung des Rentenalters. Es reicht nicht aus, zu verkünden, was wir wollen, wir müssen eine Strategie des Arbeitskampfes vorschlagen, um wirklich zu versuchen, es zu erreichen. Ohne einen wirklichen Willen zur Mobilisierung und zum Aufbau radikaler Arbeitskampfmöglichkeiten, ohne eine allgemeine Plattform, werden wir nicht in der Lage sein, auch nur eines der Rechte zu erlangen, die wir verloren haben und die wir alle vier Jahre auf Kongressen zurückzuerobern versprechen.

Dazu muss man zunächst eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten machen. Die aktuelle Linie der CGIL ist in der Tat in Kontinuität zu den Vorjahren, noch hartnäckiger in der Suche nach Konzertierung und der Entwicklung neuer Formen der Mitbestimmung, die die Regierung Draghi offensichtlich nicht gewähren will. Eine CGIL, die trotz der Meinungsverschiedenheiten mit der CISL und deren offensichtliche Unterordnung unter die Regierung und die Unternehmer und der Verschärfung der Divergenzen zwischen den jeweiligen Gewerkschaftsmodellen weiterhin einheitliche Plattformen präsentiert und sogar die Illusion einer Einheit zwischen den Gewerkschaftsbünden verfolgt. Eine Idee, die aufgrund der unterschiedlichen Wertesysteme und der unterschiedlichen gewerkschaftlichen und vertraglichen Praktiken für uns nicht praktikabel ist.

Heute ist die CGIL in der öffentlichen Auseinandersetzung und bei gewerkschaftlichen Aktionen gemäßiger als früher gegenüber einer Confindustria, die stattdessen aggressiver denn je ist, ja sogar rücksichtslos in den dramatischsten Momenten der Gesundheitskrise, als im Frühjahr 2020 mit dem Druck, die rote Zone im Seriana-Tal nicht sofort einzurichten und mit Slogans #bergamoisrunning und #milanononsiferma skrupellos behauptete, dass die Produktion nicht gestoppt werden könne, und wirtschaftliche Interessen und Profit über die Sicherheit der Beschäftigten und die Gesundheit ganzer Gebiete gestellt wurden.

Wir brauchen heute mehr denn je eine CGIL, die nicht nur Ankündigungen macht und großartige Dokumente verfasst, sondern auch in der Lage ist, Widersprüche und Konflikte aufzuzeigen, um sich den Interessen der Confindustria und der Regierung Draghi entgegenzustellen. Was wir brauchen, ist nicht Mäßigung, sondern im Gegenteil größere Radikalität, wie der beispielhafte Konflikt bei GKN, der Fabrik in der Provinz Florenz, die am 9. Juli 2021 besetzt wurde und zum Protagonisten einer großen Arbeiterkampf Bewegung wurde, die Zehntausende von Menschen gegen ein ganzes System der Ausbeutung auf die Straße brachte, welches aus Entlassungen und Verlagerungen, Prekarität, Fremdvergabe, Niedriglöhnen, Ungerechtigkeit und Ausbeutung besteht. Der Arbeitskampf eines Fabrikkollektivs hat es nach Jahrzehnten geschafft, durch den

Protagonismus der Delegierten und die demokratische Beziehung zu den Arbeitern eine Perspektive des Wandels zu geben, indem er eine alternative gewerkschaftliche Linie vorschlug, radikal und kämpferisch, nicht sektiererisch, sondern fordernd. Eine Linie, die das Gefühl der Niederlage und Resignation beiseiteschob und in der Lage war, aufzubauen, zusätzlich zu den notwendigen Auseinandersetzungen vor Gericht und an den Verhandlungstischen eine Bewegung des Arbeitskampfes, die auf Solidarität- und Konvergenz basiert und unter dem Motto #INSORGIAMO die Arbeiterbewegung mit der Umwelt-, Schul- und Friedensbewegung zusammengeführt hat.

Dies sollte die gesamte CGIL tun, indem sie endlich die Jahre der Konzertierung, der Kompatibilität, der Lohnzurückhaltung, der Resignation archiviert; die Jahre der Arbeitskämpfe, die nicht geführt (wie 2011 zu den Renten), zu spät begonnen (wie der gegen das Beschäftigungsgesetz) oder nicht fortgesetzt (wie der letzte Generalstreik) wurden; die Jahre der Bürokratisierung der Organisation, der bilateralen Gremien und Dienste, der Sozialpakete und der Distanzierung von sozialen Bewegungen.

Um die Herausforderungen der Moderne und der Zukunft zu meistern, müssen wir nach vorne schauen, die organisatorischen Veränderungen, die Herausforderungen der Digitalisierung, der Gig-Economy, der Ausbeutung 4.0 verstehen und antizipieren, ohne jemals aufzuhören, unsere Geschichte und Identität, unsere Rolle als Antagonist und als Klassenbewegung zu suchen und wiederzuentdecken, um den Protagonismus der Delegierten und die Arbeitskämpfe zu stärken. Es ist notwendig, die Kräfteverhältnisse am Arbeitsplatz wiederherzustellen, die Selbstorganisation, die Arbeitskampfausschüsse, die Koordinierungen und die Delegiertenversammlungen beim Aufbau von Plattformen und Streiks zu unterstützen. Es ist notwendig, eine breit angelegte Konfliktualität zu entwickeln, die in der Lage ist, die Kontrolle über die Löhne und die Arbeitsorganisation zurückzugewinnen, und die Arbeitskämpfe in den Betrieben und Gebieten zu einer allgemeinen Auseinandersetzung zusammenzufassen. Arbeitskämpfe wie jene, die im März 2020 die Entscheidungen der Gewerkschaftsführung vorwegnahmen und in der von Covid bestimmten gefährlichen Situation autonom zur Schließung vieler Fabriken führten, bevor die Regierung die Entscheidung traf, kamen zu spät.

Kurz gesagt, die CGIL muss zu ihren Wurzeln zurückkehren, ihre volle Autonomie von Regierungen und Arbeitgebern wiedererlangen und wieder "radikaler" werden.

2. Das Szenario: Die Welt ist in Aufruhr. Klimakrise, Pandemie, Krieg

Die Krise des heutigen Kapitalismus, die die Welt mit einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit und Intensität umgestaltet, führt zu Katastrophen, Unsicherheiten, Konflikten und systemischen Risiken, die Notfälle und weltweite Krisen vervielfachen. Die Knappheit von Energie-, Mineral- und Nahrungsmittelressourcen stellt das Überleben der Menschheit in Frage. Auch die Covid-Pandemie, die weltweit Millionen von Menschenleben gefordert hat, ist das Ergebnis dieser Dynamik: Umweltzerstörung, massive Verstädterung und Intensivierung der Tierzucht. All dies belastet die Lebensbedingungen weltweit und vergrößert die Ungleichheit zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten.

In diesem Szenario gibt es 59 offene Konflikte in der Welt. Der Krieg in der Ukraine, der einzige, über den gesprochen wird, ist ein Wendepunkt, der die Wirtschaftsräume, die politischen Bündnisse und die sich gegenüberstehenden Militärblöcke um die wichtigsten imperialistischen Pole der Welt neu definiert. Eine Dynamik, die den Nationalismus, die allgemeine Aufrüstung und die Wirtschaftspolitik des Krieges beschleunigt.

Die Folgen des Krieges werden von den Bevölkerungen bitter bezahlt, angefangen bei der direkt betroffenen ukrainischen Bevölkerung. Die entschiedene Verurteilung der russischen Invasion ist unumgänglich, aber sie reicht nicht aus. Es ist notwendig, die verschiedenen Ursachen, die zu diesem Krieg geführt haben, zu ermitteln und zu beseitigen und sich all jenen entgegenzustellen, die ein Interesse daran haben, den Krieg fortzusetzen, angefangen bei der NATO und ihrer Expansions- und Aufrüstungsstrategie, die die Spannungen angeheizt hat. Der Krieg und die Sanktionen haben sich im Rahmen des globalen Wettbewerbs und der Spekulation auf den Märkten auf die Bevölkerung ausgewirkt und die Arbeitslosigkeit, die Ungleichheit und die Verarmung der Löhne in Russland, in Europa und in der Welt verschärft, während die Vereinigten Staaten,

die ihre Machtziele verfolgen, mehr und teurer ihr Gas exportieren, das mit enormen Umweltzerstörungen produziert wird. Die CGIL muss eine allgemeine Antikriegsbewegung fördern, in Verbindung mit und zur Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen in jedem Land, die gegen den Nationalismus und die Logik dieses Konflikts kämpfen. Wir müssen uns für den Austritt Italiens aus der NATO, gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und die kriegerische Politik der Regierung Draghi einsetzen. Wir müssen unser Engagement bei der Sammlung von humanitärer Hilfe für die vom Krieg betroffene Bevölkerung, bei der Unterstützung der Aufnahme von Flüchtlingen und Deserteuren fortsetzen und verstärken.

Die neue Krise verlangsamt das Wachstum Chinas und wird die Länder in der Peripherie treffen, während von den fortgeschrittenen Ländern diejenigen am stärksten betroffen sein werden, die wie Italien bereits hoch verschuldet sind. All dies geht auf das Konto der EU, die jahrzehntelang eine liberale Politik der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, volks- und arbeitnehmerfeindlichen Entscheidungen betrieben hat. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise, der Pandemie und nun des Krieges macht nicht nur die internen Widersprüche deutlich, sondern bestätigt auch die Unterordnung der EU unter die Interessen des Finanzkapitals. Es kündigt sich eine noch schwieriger zu bekämpfende Krise an, und die bisher erdachten Instrumente, wie die Zinserhöhungen der Fed und bald auch der EZB, werden zu einer Strangulierung der Realwirtschaft führen, die das Finanzwesen begünstigt und den Konsum beeinträchtigt.

Die Folgen all dessen werden dramatisch sein, nicht nur in Bezug auf die direkt vom Krieg betroffenen Menschen, sondern auch in Bezug auf die Hungersnöte, die durch die Rohstoffknappheit und den Anstieg der Inflation verursacht werden (aufgrund der Ausweitung der Schulden- und Geldpolitik zur Bewältigung der Krise des letzten Jahrzehnts, die durch den Aufschwung nach der Pandemie ausgelöst und durch den Krieg verschärft wurde), die bereits jetzt verheerende Auswirkungen auf die Löhne und die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen hat.

Selbst die von den Großmächten eingegangenen Verpflichtungen zur Verlangsamung der Umweltkatastrophe, die ohnehin schon unzureichend sind, werden letztlich konterkariert. Die Logik dahinter war in Wirklichkeit weniger der Schutz des Planeten als der Profit der Großinvestoren. Durch den Krieg werden diese Verpflichtungen noch weiter verzerrt, und es wird erneut über eine Rückkehr zu Kohle, Atomkraft, Bohrungen im Meer und invasiveren Formen der Gasförderung gesprochen, was zu einer weiteren Umweltzerstörung führt.

Die Auswirkungen der Krise werden langanhaltend sein und zur Entstehung einer globalen Wirtschaft führen, die sich in Bezug auf Spezialisierung und geografische Gebiete grundlegend von der Vergangenheit unterscheidet. Der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung steht eine zunehmend unhaltbare und nahezu steuerfreie Bereicherung globaler Konzerne und einer sehr kleinen Gruppe von Multimilliardären gegenüber. Die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in Ermangelung jeglicher Hoffnung auf Veränderung und Aufwertung der Arbeit birgt die Gefahr, reaktionären und nationalistischen Regierungen und politischen Systemen Vorschub zu leisten, in denen, auch dank der der Politik hörigen Informationen, technokratische Strukturen entwickelt werden, die die Parlamente entmachten, auch gegen die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung.

Italien ist von diesem Szenario der "Kriegswirtschaft" besonders betroffen: Die steigende Inflation und weitere Lohnsenkungen, die Wiederaufnahme der Privatisierungspolitik und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben, das geringere Wachstum, die Verknappung und der Anstieg der Rohstoffpreise, die zu einer Verlangsamung der Wirtschaft und Schließung Tausender Unternehmen zu führen drohen, wirken sich auf ein ohnehin schon schwaches Produktionssystem aus. Ein System, das durch die beiden Rezessionen von 2009 und 2012 bereits stärker zersplittert und zwischen Nord und Süd gespalten ist und das seit Jahren unter dem Fehlen einer strategischen Vision und von Plänen für die Entwicklung und öffentliche Investitionen in den wichtigsten Sektoren des verarbeitenden Gewerbes und der Energiebranche leidet.

Selbst das italienische Bankensystem hat sich in einer auf der Finanzialisierung basierenden Wirtschaft tiefgreifend gewandelt: Die Grenzen zwischen Kreditsammlung und Investition wurden aufgehoben, und es kam zu einer Konzentration in großen internationalen Konzernen, die ihre Gewinne auf dem Rücken der Bevölkerung anhäufen und die Kosten für ihre Konzentrationen auf die Arbeitnehmer abwälzen.

3. Arbeit zwischen alter und neuer Ausbeutung

3.1 Keine prekäre Beschäftigung mehr

Von den Konzertierungsabkommen der 1990er Jahre bis zur Aufhebung des Artikel 18 des Arbeitnehmerstatuts im Jahr 2012 und erneut mit dem Beschäftigungsgesetz im Jahr 2014 haben Prekarität, Erpressung, eingeschränkte Rechte und Niedriglöhne die Arbeitswelt völlig verändert.

Die Gesundheitskrise hat diese Dynamik noch verschärft, so dass Hunderttausende von Menschen, zumeist Frauen, ohne Arbeit und Absicherung dastehen. Im Jahr 2020 gingen fast 1 Million Arbeitsplätze verloren, insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen, Pflege, Reinigung, Handel, Tourismus, Kunst und Unterhaltung. Es gab einen teilweisen Aufschwung, aber dies größtenteils mit prekärer Arbeit (97 %), sogar im öffentlichen Sektor. Diese wachsende Unsicherheit vergrößert die Kluft, insbesondere zwischen Männern und Frauen, zwischen Nord und Süd, schürt die Ungerechtigkeit und macht alle erpressbar. Die Löhne, Rechte und Sicherheit sind insgesamt gesunken, und in einigen traditionellen Sektoren wie der Logistik und der Landwirtschaft, aber auch in innovativeren Sektoren wie der Gig-Economy herrschen Bedingungen der extremen Ausbeutung.

Dieser Dynamik muss radikal entgegengewirkt werden, indem die Verwendung von befristeten Arbeitsverträgen (nur für Produktionsspitzen, Vertretungen, Saisonarbeit) gesetzlich und in nationalen Verträgen eingeschränkt wird. Die Komplexität der Arbeitsplätze muss durch eine entschlossene und hartnäckige gewerkschaftliche Initiative mit der Vereinheitlichung von Verträgen und Löhnen in Einklang gebracht werden. Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen wieder die Regel werden. Die CGIL muss eine Mobilisierungskampagne für die Aufhebung des Beschäftigungsgesetzes, aller früheren Gesetze zur Prekarität und für die Rückeroberung des Artikel 18 starten: eine Initiative, die stattdessen aus der Agenda der CGIL gestrichen wurde, zusammen mit der Unterschriftensammlung für die Charta der Rechte 2015. Wir müssen die Stabilisierung prekär Beschäftigter sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor gewährleisten, die Auslagerung von Unternehmensteilen verhindern, Outsourcing im öffentlichen Dienst rückgängig machen, die Sozialklausel stärken, Personalleasing und den Missbrauch von Nebentätigkeiten und Mehrwertsteuernummern verbieten und Scheinselbstständigkeit in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis zurückführen.

Gefordert werden muss eine aktive Beschäftigungspolitik, die von den öffentlichen Diensten gesteuert wird und nicht zu einer Chance für die Entwicklung neuer Märkte und Gewinne wird. Gleichzeitig muss eine Beschäftigungs- und Investitionspolitik für den Süden entwickelt werden, ein außerordentlicher Plan, der in der Lage ist, die infrastrukturellen Ungleichheiten zu beseitigen, die Unterschiede bei den sozialen Dienstleistungen aufzuheben und Arbeit und Beschäftigung zu entwickeln. Eine öffentliche Intervention, die sich auch gegen die Mafia und ihre Politik der Unterentwicklung richtet und gleichzeitig einen Wendepunkt in Bezug auf die klientelistischen Praktiken markiert, die historisch gesehen das Bündnis zwischen den herrschenden Klassen des Territoriums und den nationalen Klassen geprägt haben. Gebiete, die andernfalls zur weiteren Verarmung verurteilt wären, auch aufgrund der Migrationswelle der letzten Jahre, vor allem von jungen Menschen.

Es muss Schluss sein mit der Ghettoisierung von Frauen und jungen Menschen. Wir müssen die Perspektive ändern und den Elternurlaub und das öffentliche Betreuungssystem für alle, sowohl für Männer als auch für Frauen, stärken, insbesondere für Kinder und pflegebedürftige Personen, und schließlich in eine groß angelegte Einstellungskampagne im öffentlichen Dienst investieren. Insbesondere für junge Menschen müssen spezifische Maßnahmen ergriffen werden, angefangen bei der Bekämpfung aller Formen von unentgeltlicher oder unterbezahlter Arbeit, die heute als Regel für den Eintritt in die Arbeitswelt gelten (von der Alternanz Schule-Arbeit bis hin zu Praktika und Scheinausbildungen).

Gleichzeitig muss das System der sozialen Abfederung, der Arbeitslosenunterstützung und der Armutsbekämpfung grundlegend überarbeitet werden. Niemand darf ohne Arbeit und Einkommen bleiben. Die Ausgleichskasse muss aufgestockt und durch einen höheren Beitrag der Unternehmen auf alle

erwerbstätigen Männer und Frauen ausgeweitet werden. Die Arbeitslosenunterstützung muss staatlich unterstützt werden, jedem Arbeitssuchenden ohne Alters- oder Konditionsbeschränkungen offenstehen, zeitlich konstant gehalten werden und von einer aktiven Ausbildungs- und Qualifizierungspolitik begleitet werden, ohne dass die Annahme von unqualifizierten oder unterbezahlten Arbeitsplätzen vorgeschrieben wird. Darüber hinaus muss es ein universelles Instrument zur Armutsbekämpfung geben, d. h. ein bedingungsloses Grundeinkommen, das neben wirtschaftlicher Unterstützung auch Eingliederungsmaßnahmen und soziale Unterstützung umfasst.

3.2 Neue Arbeitsformen regeln

Neue Formen der Arbeit müssen geregelt werden. Die Veränderungen müssen begleitet, ja vorweggenommen werden, ohne jedoch Schutz und Rechte aus den Augen zu verlieren. Die Innovation hat allzu oft zu "neuer Arbeit mit alter Ausbeutung" geführt, die durch die digitale Technologie mitunter sogar noch invasiver geworden ist, wodurch Leistung, Arbeitszeit und Arbeitsorganisation weniger kontrollierbar werden können. Dies geschieht auch in den traditionelleren Sektoren: in Fabriken oder in der Logistik mit der Digitalisierung von Linien und Aufgaben; in Büroberufen und im öffentlichen Dienst mit den verschiedenen Formen der agilen Arbeit oder der Fernarbeit (Smartworking).

Diese Prozesse, insbesondere das Smartworking, wurden durch die Krise beschleunigt und explodierten während der Pandemie. Jetzt werden sie in vielen Bereichen strukturell angewandt. Die neuen Wege und Formen der Arbeit, die durch die Technologie, die weit verbreitete digitale Infrastruktur und die massenhafte Nutzung möglich geworden sind, könnten für die Arbeitnehmer eine Chance sein, die Anstrengung zu verringern, die Autonomie zu erhöhen, die Arbeitszeit und die Arbeitsverfahren selbst zu verwalten, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lebensräume zu erobern. Generell könnten sie eine Möglichkeit sein, den Verkehr und die Umweltverschmutzung zu verringern und ein anderes Zeit- und Raummanagement in den Städten zu erreichen. Viel häufiger jedoch werden sie zum Terrain für Beschäftigungsabbau, Outsourcing, Lohneinbußen, Individualisierung des Arbeitsverhältnisses und Gefahr der Isolierung, unverhältnismäßige Ausweitung des Bereitschaftsdienstes auf die Unternehmenszeit, Vervielfachung der Leistungskontrolle (einschließlich der technologischen Kontrolle) und uneingeschränkte Nutzung der Lebenszeit durch die Unternehmen. Für viele, insbesondere für Frauen, hatte der massive Einsatz von Smartworking während der Pandemie diese Merkmale. Für viele Unternehmen und sogar für den öffentlichen Dienst war sie eine Gelegenheit zur strukturellen Kostensenkung und zur Steigerung der Auslastung. Diese verschiedenen Arten und Formen der Arbeit müssen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor vollständig durch Verträge geregelt werden, um Beschäftigung, Schutz, Rechte und Löhne zu garantieren. Agiles arbeiten und Fernarbeit (Smartworking) muss frei wählbar und umkehrbar sein, Anschluss-, Beleuchtungs- und Heizkosten dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, alle zusätzlichen Lohnelemente müssen bestätigt (oder ersetzt) werden, die Sicherheitsstandards, ausreichender Raum am Arbeitsplatz und die Ergonomie müssen gewährleistet sein, die Gewerkschaftsrechte müssen geschützt und die Gefahr der Isolation bekämpft werden, die Arbeitszeitgrenzen müssen garantiert sein und das Recht auf Unterbrechung der Datenverbindung muss durchsetzbar sein.

Im Allgemeinen müssen die Produktivitätsgewinne und die geringeren Kosten, die mit IT- und Digitaltechnikanwendungen verbunden sind, unmittelbar in eine höhere Arbeitsqualität, kürzere Arbeitszeiten und damit mehr Beschäftigung umgesetzt werden.

Die digitale Innovation führt auch zu einer immer stärkeren Kontrolle über die Beschäftigten. Big Data, die innerhalb und außerhalb von Arbeitsprozessen gesammelt werden, ermöglichen den Arbeitgebern ein umfassendes und unkontrolliertes Wissen über die Gewohnheiten, den Gesundheitszustand, die wirtschaftlichen Bedürfnisse, die sozialen Bindungen und die politischen Vorstellungen derjenigen, die arbeiten oder Arbeit suchen, und fördern so neue Diskriminierungen und erhalten diejenigen aufrecht, die schon immer bestanden haben, einschließlich der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

Die CGIL muss sich aktiv an dieser Diskussion beteiligen und eine Informations- und Mobilisierungskampagne starten, damit das Thema durch spezifische Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre geregelt wird, vor allem

aber gegen jegliche Diskriminierung, Kontrolle und Einschränkung der individuellen und gewerkschaftlichen Freiheit.

3.3 Ein Gesetz gegen Entlassungen und Auslagerungen

Es muss ein echtes Gesetz gegen Auslagerungen gefordert werden. Die Freigabe des Entlassungsstopps im Juli 2021 war eine bedingungslose Kapitulation, die durch die Unterzeichnung einer "Erklärung zur Kenntnisnahme" und die Ratifizierung einer allgemeinen und unverbindlichen Verpflichtung der Unternehmen im Gegenzug für das nie eingehaltene Versprechen einer Reform der Entlassungspolitik und ohne einen Plan für gefährdete Sektoren wie die Automobilindustrie hingenommen wurde. Es gibt Dutzende von Unternehmen, die ihre Produktion geschlossen und ins Ausland verlagert haben, nachdem sie von den Regierungen Millionen von Euro erhalten haben. Ein Beispiel dafür ist das Streitverfahren um das Stahlwerk in Piombino, wo die Arbeiter seit acht Jahren auf einen Industrieplan warten, während ausländische Käufer unter großen Versprechungen das Werk kaufen, spekulieren und dann wieder abstoßen. Neben den bekanntesten Fällen von Großunternehmen wie Termini Imerese, Alitalia und Almagora gibt es Hunderttausende von Arbeitnehmern, die in der Stille zurückgelassen werden, mit der einzigen bedrückenden Aussicht auf die Ausgleichskasse.

Das von der Regierung im vergangenen Herbst verabschiedete Gesetz ist keine Lösung. Unternehmen, die nach dem Erhalt von Subventionen ihren Standort verlagern, werden weder zur Rechenschaft gezogen noch bestraft, sondern die Verfahren werden formalisiert, es werden Fristen festgelegt und die Entlassungen monetarisiert. Mit anderen Worten, es macht Auslagerungen für Unternehmen einfacher und sicherer.

Zu den Verlagerungen gibt es einen Vorschlag, der von verschiedenen demokratischen Juristen im letzten Sommer während der Besetzung von GKN ausgearbeitet wurde. Er sieht den Verzicht auf Entlassungen und im Falle eines Fabrikverkaufs das Vorkaufsrecht einer Arbeitnehmergenossenschaft vor, unterstützt durch Formen der Verstaatlichung, beginnend mit Krisen- und strategischen Sektoren. Dieser Vorschlag muss von der gesamten CGIL unterstützt werden und zur treibenden Kraft einer groß angelegten Mobilisierungskampagne gegen Entlassungen und Auslagerungen werden, die die Voraussetzungen für die Forderung nach einer öffentlichen Intervention und einer entschädigungslosen Verstaatlichung schafft, bei der die Arbeitnehmer die Protagonisten einer neuen Kontrolle der Produktionsprozesse werden.

Deshalb müssen wir zu einer Praxis des Konflikts und des Arbeitskampfes zurückkehren, die zu einer breiten Mobilisierung führt und Konvergenz und Solidarität fördert. Keiner kann sich allein retten: Um Unternehmen in der Krise zu verteidigen, müssen das gesamte Gebiet und der betroffene Sektor mobilisiert werden, indem die Machtverhältnisse verändert werden, auch durch solidarische Verbindungen.

4. Tarifverhandlungen: Löhne, Arbeitszeiten und Sicherheit am Arbeitsplatz

4.1 Erhöhen wir die Löhne, streichen wir den HVPI (harmonisierter Verbraucherpreisindex), erreichen wir eine neue automatische Anpassung der Löhne an die Inflation (scala mobile)

Italien ist das einzige Land in Europa, in dem die Reallöhne in den letzten 30 Jahren nicht gestiegen sind und in dem die Menschen weniger verdienen als im Jahr 1990. Die Löhne wurden zunächst durch Konzertierung gedämpft, dann durch legislative Maßnahmen blockiert und schließlich durch die Krise des letzten Jahrzehnts ausgehöhlt. Vor allem aber wiegt die Offensive der Arbeitgeber schwer: Die Laufzeit der nationalen Verträge wurde verlängert, viele werden nach Ablauf nicht verlängert, und zwar mit durchschlagenden Verzögerungen. Alle automatischen Aufwertungsmechanismen (scala mobile) sind längst abgebaut, fast alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Aufbesserung wie Dienstaltersstufen (in der Schule abgeschafft und in vielen privaten Sektoren seit Jahren nicht mehr vorhanden) wurden reduziert. Außerdem wurden die nichtmonetären Komponenten (Sozialleistungen) in die Erhöhungen einbezogen, und die variablen Anteile wurden erhöht, auch durch Steuererleichterungen.

Diese Situation, die schon immer die Frauen am stärksten benachteiligt, wurde durch die Pandemie und den anschließenden Aufschwung mit der Rückkehr der Inflation verschärft, die in den kommenden Monaten

aufgrund des Krieges und der Spekulationen mit Energie und Rohstoffen weiter steigen wird. Dies ist eine unerträgliche Situation, die vor allem die niedrigsten Einkommen, insbesondere prekär Beschäftigte, aber auch von Arbeitnehmern und Rentnern im Allgemeinen, besonders stark belastet, auch aufgrund der geringen Aufwertung der Gehälter und Renten in den letzten Jahren. Drei von vier Familien reduzieren auch ihre Ausgaben für Lebensmittel und Gesundheit. Vier Millionen Menschen können ihre Rechnungen nicht bezahlen.

Diese Verarmung ist auch darauf zurückzuführen, dass die Gewerkschaft bei Vertragserneuerungen, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, auf eine Forderungs- und Konfliktpolitik verzichtet und die von den Unternehmen auferlegten Zwänge akzeptiert hat, wie z. B. den Pakt für die Fabrik 2018, den harmonisierter Verbraucherpreisindex HVPI (Inflationsindex, der genau um den Anstieg der Energiekosten bereinigt wird) und die Möglichkeit, von nationalen Verträgen und Gesetzen in einem abwertenden Sinne abzuweichen (Art. 8 Gesetz 138/2011). Selbst "dreistellige" vertragliche Erhöhungen sind im Vergleich zum drohenden Inflationsanstieg sehr gering. Dies ist der Fall beim Metallarbeitervertrag, bei dem die Erhöhung von mehr als 100 Euro, die im Frühjahr 2021 gegen eine Verlängerung der Laufzeit und eine riskante Reform der beruflichen Einstufung eingetauscht wurde, durch die spätere Inflation aufgezehrt wurde, noch dazu bei Beträgen, die nachträglich gezahlt wurden und damit ein Jahr hinter dem realen Preisanstieg zurückblieben. Gleichzeitig hat das Versäumnis, der Ausbreitung von prekärer Beschäftigung und der Weitergabe von Arbeiten an Subunternehmen angemessen entgegenzuwirken, zu einem Vertragsdschungel geführt, der den Wettbewerb sogar innerhalb einer Baustelle anheizt, was sich für alle negativ auswirkt, sowohl in Bezug auf die Löhne als auch auf die Sicherheit.

In den letzten Jahren hat die Gewerkschaft angesichts der geringen Steigerungen in den nationalen Verträgen zwei andere Wege bevorzugt, die beide gescheitert sind. Erstens hat sie sich der allgemeinen Forderung der Regierung nach Steuersenkungen angeschlossen und damit die Illusion eines höheren Nettolohns in der Lohntüte genährt, allerdings auf Kosten von Einnahmeausfällen und damit einhergehenden Kürzungen im Sozialstaat. Zweitens wurde vereinbart, einen Teil der Erhöhungen auf die zweite Verhandlungsebene, die Unternehmensebene, zu verschieben, die gerade dort weniger verbreitet ist, wo die Löhne im Allgemeinen niedriger sind, d. h. in kleinen Unternehmen, im Süden und in Sektoren mit überwiegend weiblicher Beschäftigung. Dies hatte zur Folge, dass sich die Lohnunterschiede insgesamt vergrößert haben, sowohl in Bezug auf die Regionen als auch auf die Geschlechter, aber auch die Unterschiede zwischen den Sektoren und zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößen. Darüber hinaus hat sie eine Logik gestärkt, die auf variablen und unsicheren Indikatoren beruht, die an Produktivität, Präsenz und ein "Leistungsprinzip" geknüpft sind, und die selbst im öffentlichen Sektor zu einem willkürlichen Instrument der Kontrolle und Arbeitsteilung werden kann. Die Löhne auf nationaler Ebene niedrig zu halten und an die Wiederherstellung der Produktivität auf der zweiten Ebene zu denken, birgt noch ein weiteres, sehr heimtückisches Risiko: die direkte Abgabe der Lohnmacht an die Unternehmen durch individuelle Überstunden, Überstunden oder einseitige kollektive Zuwendungen, die paternalistisch als Gratifikationen verteilt werden.

Gleichzeitig hat sich die Praxis der vertraglichen Sozialleistungen, insbesondere der Kranken- und Rentenkassen, auch im öffentlichen Sektor durchgesetzt. Dies wurde genutzt, um die allgemeine Senkung der Löhne weniger offensichtlich zu machen, hat aber indirekt die private Gesundheitsfürsorge gefördert und die Renten aufgrund niedrigerer Beiträge verschlechtert.

Es ist an der Zeit, diese Linie radikal zu ändern, eine Politik des Arbeitskampfes wiederaufzunehmen, Zurückhaltung bei Lohnforderungen abzulehnen, höhere Erhöhungen des Mindestlohns zu fordern, notfalls auch mit eigenen Plattformen, und im privaten Sektor die von den Unternehmen diktierten Zwänge in Frage zu stellen, angefangen beim HVPI; im öffentlichen Sektor den Innovationspakt von Brunetta und die Gesetze, die das Streikrecht in den so genannten wesentlichen Diensten einschränken. Der nationale Vertrag muss wieder zu einem universellen und solidarischen Instrument der Lohnsteigerung für alle werden. Wir müssen feste und sichere Erhöhungen fordern und eine Reform der Vertretungen einfordern, Piratenverträge und unlauteren Wettbewerb bei der Auftragsvergabe verhindern. Im öffentlichen Sektor müssen wir zur

vollständigen Vertragsanwendung zurückkehren, indem wir die durch das Dekret 165/2001 auferlegten Beschränkungen überwinden.

Eine wichtige Abschreckung gegen Ausbeutung kann ein Mindestlohn sein, der einen bestimmten, angemessenen Stundenlohn festlegt, unter dem keine Arbeit verrichtet werden kann, vorausgesetzt, er ist kein Mittel zur Umgehung der regulatorischen Bedingungen nationaler Verträge, sondern das Instrument zum Schutz der Löhne vor Vertragsdumping in einigen Sektoren und die treibende Kraft zur Stärkung der Tarifverhandlungen im allgemeinen Sinne, wodurch die Löhne aller angehoben werden.

Schließlich muss ein neuer Mechanismus zum automatischen Ausgleich der Inflation, überdacht werden. Die CGIL muss diese Forderung in den Mittelpunkt ihrer Strategie stellen: Um die nationalen Tarifverhandlungen zu stärken, bedarf es mehr denn je eines Mechanismus, der dem Preisanstieg eine automatische Lohnerhöhung folgen lässt, so wie der „scala mobile“ - Mechanismus, der uns vor 30 Jahren genommen wurde.

4.2 Weniger arbeiten, alle arbeiten!

Es ist an der Zeit, die Kontrolle über die Arbeitszeiten in den nationalen Verträgen wiederzuerlangen, denn nach 30 Jahren verdienen wir nicht nur weniger, sondern wir arbeiten auch mehr und schlechter. Die Zurückhaltung bei den Lohnforderungen hat den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, die Ausbeutung zu verstärken, indem sie den Hebel der Unsicherheit und der niedrigen Löhne nutzen, um mehr Kontrolle über die Arbeitszeiten, den Arbeitsrhythmus und eine höhere Arbeitsbelastung für alle zu erzwingen, was sich auch auf die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten auswirkt. In der Privatwirtschaft, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, hat dies zu einer Zunahme von Überstunden, Rhythmen und erzwungener Flexibilität geführt. Im Dienstleistungssektor hat sie die Form einer gefährlichen Entstrukturierung der Arbeitszeiten angenommen, bei der vor allem Frauen weitgehend zur Teilzeitarbeit gezwungen werden, was zu noch niedrigeren Löhnen, einer sehr geringen Kontrolle der Arbeitszeiten und der Freigabe von Sonderschichten, Sonn- und Feiertagen führt. Im öffentlichen Dienst bedeutete dies eine vollständige Kontrolle über Arbeit, Flexibilität und Leistung, die dadurch erleichtert wurde, dass die Gewerkschaften den vertraglichen Einrichtungen nachgaben, die Verhandlungen über Arbeitszeiten und Organisation zuließen. Die Arbeitnehmer müssen die Kontrolle über Leistung und Arbeitszeit zurückgewinnen, wieder über die Arbeitsorganisation verhandeln und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn fordern: "weniger arbeiten, alle arbeiten", d. h. die vorhandene Arbeit umverteilen, sie dort erhöhen, wo es keine oder wenig Arbeit gibt, und sie dort reduzieren, wo sie zu viel ist.

Es muss ein allgemeines Bewusstsein entstehen, das sich gegen Flexibilität und erhöhte betriebliche Verfügbarkeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit und geteilte Schichten richtet. Das Recht auf Unterbrechung der Arbeit bei neuen Arbeitsformen muss klar, allgemein und durchsetzbar geregelt sein. Wir müssen das Narrativ entmystifizieren, dass Teilzeit, Flexibilität und Smartworking der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben dienen, insbesondere für Frauen, denn in den meisten Fällen handelt es sich dabei um einseitige Entscheidungen, die in jedem Fall von den Arbeitgebern gesteuert werden, was keineswegs einer Befreiung entspricht, sondern eher einer größeren Erpressung und folglich einer größeren Bereitschaft, die Bedürfnisse des Unternehmens zu akzeptieren, was sich auch auf die Karrieren und, im Falle der erzwungenen Teilzeit, auf die Löhne und künftigen Renten auswirkt.

Das Ziel der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für alle sollte nicht nur durch die Verbreitung einer Kultur der stärkeren Aufteilung der Betreuungsaufgaben zwischen Männern und Frauen verfolgt werden, sondern auch durch die Forderung nach umfassenden, kostenlosen und qualitativ besseren öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere für die Kinderbetreuung und die Pflegebedürftigkeit, um die Erwerbstätigen von einem Teil ihrer Betreuungsaufgaben zu befreien, ohne dass dies zu Lasten der Löhne und Arbeitsbedingungen geht.

4.3 Verteidigen wir die Sicherheit. Keine Todesfälle bei der Arbeit mehr!

Bei der Sicherheit ist ein entscheidender Kurswechsel noch dringender. Dies ist angesichts der inakzeptablen Zahl von durchschnittlich drei Todesfällen pro Tag bei der Arbeit außer Zweifel, die ebenso wie die Zahl der

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten immer weiter ansteigt. Noch inakzeptabler sind die in den letzten Monaten aufgetretenen Fälle, in denen sehr junge Menschen im Rahmen von Schul- oder Ausbildungspraktika zu Tode kamen.

All dies ist ein Zeichen für die absolute Missachtung von Gesundheits- und Sicherheitsnormen am Arbeitsplatz im Namen des Profits. Bevor die offiziellen Vorschriften zum Schutz vor Ansteckung erlassen wurden, geschah an den Arbeitsplätzen alles: Supermärkte und Seniorenheime verboten sogar die Verwendung von Masken, um Kunden und Klienten nicht zu verängstigen, bis hin zu dem Druck, den Zehntausende von nicht essenzielle Unternehmen ausübten, um von den Präfekturen Ausnahmeregelungen zu erhalten und die Schließung nach dem 22. März 2020 zu umgehen. Nicht einmal das Opfer von Hunderten von Beschäftigten des Gesundheitswesens, die im Jahr 2020 ihr Leben verloren, konnte eine neue Sicherheitskultur durchsetzen. Nach der Gesundheitskrise kam es zu einer Rückkehr zur "Normalität" mit einem erneuten Rückschlag aufgrund der zunehmenden prekären Bedingungen, des strukturellen Mangels an Ressourcen und des Versäumnisses, in die Aufsichtsorgane zu investieren, die zudem zwei Jahre lang mit den Kontrollaufgaben der Covid-Normen überlastet waren.

In Sicherheitsfragen ist es notwendig, eine permanente Mobilisierung bis hin zum Generalstreik radikal voranzutreiben und jeden Kompromiss und jede Monetarisierung von Gesundheit und Sicherheit abzulehnen. Die CGIL muss für jeden Todesfall am Arbeitsplatz mobilisieren, streiken und zivilrechtliche Schritte einleiten, bestimmte und härtere Strafen fordern und garantieren, dass jeder Arbeitnehmer, Delegierte und Sicherheitsbeauftragte RLS riskante Bedingungen ohne Repressalien anprangern kann. Die RLS müssen weiter institutionalisiert und mit zusätzlichen Befugnissen und Autonomie ausgestattet werden, u.a. durch eine Erhöhung der Stundenzahl, die in den derzeitigen Regelungen vorgesehen ist. Die Aushändigung des DVR (Dokument zur Risikobewertung) muss überall verlangt werden, wie es das Gesetz vorschreibt. Wir müssen vor allem Investitionen in Inspektionen, mehr Ressourcen und mehr Personal fordern, um die Arbeitsbedingungen und die Einhaltung der Sicherheitsstandards zu überprüfen. Bei den Verträgen muss neben der Bekämpfung der Prekarität und der vertraglichen Entflechtung auch die Sozialklausel eingefordert und umgesetzt werden.

Es muss eine groß angelegte Kampagne zur Einführung des Straftatbestands der Tötung am Arbeitsplatz gestartet und die Einrichtung einer nationalen Staatsanwaltschaft für Sicherheit festgelegt werden. Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es sich bei diesen Todesfällen nicht um Unfälle aufgrund von Zufall oder Ablenkung handelt. Es handelt sich um Ereignisse, die nur zum Teil durch mangelnde Ausbildung, sondern vor allem durch die Nichteinhaltung von Vorschriften, die Zunahme der Arbeitszeiten und -rhythmen, das Durchschnittsalter am Arbeitsplatz sowie durch Erpressung, Prekarität, Fremdvergabe und Manipulationen an den Geräten bestimmt werden.

Es ist auch notwendig, die Geschlechterperspektive wieder einzubeziehen und insbesondere die Frage der Gesundheit und Sicherheit von Frauen zu behandeln, einschließlich der Belästigung am Arbeitsplatz (die als Risiko in die DVR aufgenommen werden sollte), der unterschiedlichen Exposition gegenüber und des Schutzes vor Risiken, der Beziehung zwischen reproduktiver Gesundheit und Arbeitsorganisation (insbesondere Nachtarbeit, Samstags- und Sonntagschichten, repetitive Bewegungen und Fließbänder).

5. Das schlechteste Rentensystem in Europa

Das allgemeine Rentensystem wurde zwischen '67 und '69 in einem Kontext großer Arbeitskämpfe der Arbeiterbewegung erkämpft. In den letzten 30 Jahren hat jede Regierung diese Errungenschaften angegriffen und zwar gemäß einer internationalen Strategie, die die so genannte erste Säule (die öffentliche Rente) reduziert und die private Säule in den Händen des Marktes und der Finanzwelt (die sektoralen Fonds und die Zusatzrenten) entwickelt hat. Dieser Prozess begann 1994 mit der Anhebung des Rentenalters, der Abschaffung der Anerkennung von Betreuungsarbeit für Frauen, der Senkung der beitragsabhängigen Einnahmen und der Bevorzugung privater Fonds. Die Schutzvorschriften für männliche und weibliche Arbeitnehmer, mit mindestens 18 Beitragsjahren, stellen die erste große Kluft zwischen den Generationen dar. Der Gnadenstoß wurde durch das Fornero-Gesetz gegeben, das mit den derzeitigen 67 Jahren und der

Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung das italienische Rentensystem zum schlechtesten in Europa machte. Die Kosten dieser Gegenreform werden in den kommenden Jahren immer deutlicher zutage treten: Renten, die nicht nur die am höchsten besteuerten in Europa sind, sondern aufgrund niedriger Umwandlungskoeffizienten und niedriger Beiträge in Zukunft immer wertloser werden. Dies auch aufgrund eines Arbeitsmarktes, in den junge Menschen und prekär Beschäftigte nur schwer einsteigen können.

Während der ersten Conte-Regierung war der Quoten-100-Mechanismus eine partielle, vorübergehende und illusorische Maßnahme. Sie begünstigte den Ausstieg nur aus einigen Sektoren (62 Jahre und 38 Jahre Beitragsjahre) und fror die Anpassung an die Lebenserwartung für den Vorruhestand ein (42 Jahre und 10 Monate für Männer, 41 und 10 für Frauen). Im Januar 2022 wurde das Kontingent 100 durch das Kontingent 102 (64 Jahre und 38 Beitragsjahre) und es wird wahrscheinlich durch das Kontingent 104 im Jahr 2023 ersetzt. Das Problem des Rentenalters und der niedrigen Renten bleibt also ungelöst. Die CGIL hat eine weitere Gelegenheit verpasst, eine allgemeine Rentenreform vorzuschlagen, die insbesondere arme und unstetige Arbeit schützen könnte. Der Streik vom 16. Dezember kam zu spät: Die Quote 102 war bereits ohne den Widerstand der Gewerkschaften beschlossen worden, mit dem Versprechen einer neuen Tabelle für 2023. Ein Diskussionstisch, der eine Illusion ist und bleiben wird. Die nächste Frist wird ohne jede Antwort verstreichen.

Die Wahrheit ist, dass die Regierungen bei den Renten schon immer kassiert haben, indem sie die Jungen gegen die Alten ausspielten, während sie in Wirklichkeit den Generationen nach 1995 eine vernünftige Perspektive der sozialen Sicherheit vorenthalten haben. Nicht einmal für schwere und mühsame Arbeiten wurde jemals eine Lösung gefunden.

Es gibt niemanden, der sich dessen nicht bewusst ist. Aber in diesen Jahrzehnten haben sich CGIL, CISL und UIL nicht wirklich dagegen gewehrt, man denke nur an den einzigen dreistündigen Streik im Jahr 2012 gegen die Fornero-Reform. Wir haben nicht einmal nach einer Kompromisslösung innerhalb des beitragsabhängigen Systems gesucht, wie z. B. die Anhebung der Umwandlungskoeffizienten für niedrigere Gehälter, um das Ergebnis von Ersatzquoten zu vermeiden, die zu einer drastischen Verarmung der Neurentner führen. Jemand, der 1.000 Euro verdient, kann keine Ersatzrate von 60 Prozent haben, sondern muss eine Rente erhalten, die seinem letzten Lohn entspricht. Wir haben aufgehört, ein Alter von 60 Jahren oder ein Dienstalder von 40 Jahren zu fordern, wir haben aufgehört, das lohnbezogene System einzufordern, weil wir den Standpunkt der Unternehmen angenommen haben, nämlich, dass es nicht möglich sei. Das ist nicht wahr. Was nicht annehmbar und nicht richtig ist, ist bis zum Alter von 67 Jahren und darüber hinaus zu arbeiten. Was nicht möglich ist, ist, dass man mit wenig mehr als der Hälfte seines Gehalts in den Ruhestand geht. Mittel für Banken, Unternehmen, Finanzmärkte und Militärausgaben können immer gefunden werden. Sie werden nie für die Rente gefunden, weil wir sie nicht mehr fordern.

Die CGIL muss die Logik der Kompatibilität durchbrechen. Wir müssen das Fornero-Gesetz und alle automatischen Mechanismen zur Verlängerung des Arbeitsalters aufheben. Wir müssen das Renteneintrittsalter senken, zum lohnbezogenen System zurückkehren und den Arbeitsausstieg derjenigen vorziehen, die schwere und anstrengende Arbeit leisten, derjenigen, die sehr früh zu arbeiten begonnen haben, und derjenigen, die auch Pflegearbeit leisten. Wir müssen das Umverteilungssystem verteidigen, die Vorsorge von der Sozialhilfe trennen und jede Form der Beitragsabbau ablehnen. Um die Kaufkraft konstant zu halten, müssen automatische Indexierungsmechanismen gefordert werden. Es ist notwendig, die Mindestrenten im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen zu erhöhen und die Renten derjenigen mit den niedrigsten Gehältern anzuheben. Insbesondere muss der Status der Frauen verteidigt werden, sowohl der derzeitigen (im Allgemeinen ärmeren) als auch der künftigen Rentnerinnen, ohne dabei Mechanismen wie die Frauenoption zu benachteiligen. Die beitrags- und lohnbezogene Integration von Mutterschafts- und Elternurlaub muss gefordert werden. Es ist an der Zeit, auf diese Themen eine große Mobilisierung aufzubauen und mit Arbeitskämpfen das einzufordern, was uns in diesen Jahrzehnten ohne wirksamen gewerkschaftlichen Widerstand genommen wurde.

6. Universelle soziale Rechte und Dienstleistungen.

6.1 Reform des Steuersystems, angefangen bei der Vermögenssteuer

Der Sozialstaat, der in der Nachkriegszeit auf der Grundlage der Forderungen und Arbeitskämpfe der Arbeitnehmer errungen wurde, ermöglicht die tatsächliche Anerkennung der universellen Rechte (Gesundheit, Bildung, Mobilität, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, soziale Unterstützung). In der Tat stellen diese Dienstleistungen einen Bestandteil des globalen Lohns dar, der die Löhne ergänzt und von denjenigen bezahlt werden sollte, die den Reichtum des Landes besitzen. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Das Steuersystem ist historisch gesehen ungerecht und verstärkt die Ungleichheit, indem es Ressourcen von der Arbeit zum Kapital abzieht. So sind beispielsweise von 2008 bis heute die Einnahmen aus der Personenbesteuerung gestiegen (lokale Irpaf +40 %, Imu-Tasi +91 %), während die Einnahmen aus der Kapitalbesteuerung gesunken sind (IRES -35 %, IRAP -44 %, Finanzrenditen -36 %). Die jüngsten Interventionen der Regierung Draghi haben diese Spanne noch vergrößert.

Seit einiger Zeit weist die CGIL darauf hin, dass dies eines der Hauptprobleme des Landes ist. Diese Worte wurden jedoch nicht in die Praxis umgesetzt, und manchmal wurden sogar falsche Lösungen verfolgt, wie z. B. die steuerliche Absetzbarkeit von Überstunden, Sozialleistungen für Unternehmen und Lohnnebenkosten. Die CGIL muss eine Mobilisierung gegen den fiscal compact (den europäischen Haushaltspakt, der die europäischen Regierungen zwingt, die Sozialausgaben zu kürzen) und die Abkommen, die Austerität vorschreiben, organisieren, um die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich aus den Verfassungen zu streichen, die Schulden zu streichen und um Streitfragen und Koordination auf europäischer Ebene aufzubauen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, eine stark progressive Besteuerung zu fordern, mit einer drastischen Senkung der Steuersätze für Arbeitnehmer und Rentner, gegen jeden Vorschlag einer flat tax (d.h. ein einziger niedriger Steuersatz auf das persönliche Einkommen anstelle der derzeitigen vier, je nach Einkommenshöhe). Gleichzeitig müssen die Senkung der indirekten Steuern (d.h. der ausgabenbezogenen Steuern, die von allen bezahlt werden, wie z.B. die Mehrwertsteuer), die Einführung hoher Steuern auf Einkommen und Kapitalbewegungen, eine Vermögensabgabe auf große Vermögen und ein ernsthafter Kampf gegen Steuerhinterziehung und -umgehung gefordert werden.

6.2 Die Gesundheitsversorgung muss öffentlich, kostenlos und von hoher Qualität sein

Der Gesundheitsnotstand hat dramatische Auswirkungen auf die öffentlichen Dienste, angefangen bei der Gesundheitsversorgung, die durch jahrzehntelange Kürzungen, Privatisierungen und Regionalisierung ohnehin schon unterbesetzt und geschwächt ist. Die Rhetorik von den "Engeln der Station" hat eine unbequeme Wahrheit verdeckt: Die "Helden" haben Gehälter weit unter dem europäischen Durchschnitt, Arbeitsschichten jenseits der Grenze der psychophysischen Belastbarkeit und wurden in völligem Managementchaos und ohne Gesundheitsschutz an die vorderste Linie geschickt. Jahrzehntelange Kürzungen (37 Milliarden zwischen 2010 und 2020) haben das öffentliche Gesundheitswesen zu Grunde gewirtschaftet. Die Tragödie von 2020 war keine Fatalität, sondern die Folge des Abbaus des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bevorzugung der privaten Gesundheitsversorgung. Der Kampf gegen Covid lastet auf den Schultern des Nationalen Gesundheitsdienstes (SSN), während der Privatsektor weiterhin Gewinne mit Dienstleistungen außerhalb der Notdienste erzielt. Seit der Pandemie haben die Regierung und die Institutionen nichts daraus gelernt und verfolgen weiterhin dieselbe Politik: Sobald die gesundheitliche Notlage abgeklungen war, gingen sie wieder zum Angriff über, und während sie einerseits problemlos weitere 13 Milliarden für Militärausgaben aufbrachten, kürzten sie andererseits die Gesundheitsausgaben weiter. Mitarbeiter des Gesundheitswesens, die mit prekären Verträgen eingestellt wurden, um die Notlage zu bewältigen, wurden nach Hause geschickt. In den Notaufnahmen herrschte nach der Pandemie wieder Chaos, weil es an medizinischem und pflegerischem Personal mangelte. Die Regierung Draghi hat für den Dreijahreszeitraum 2023-25 eine Kürzung der Gesundheitsausgaben um durchschnittlich 0,6 % pro Jahr festgelegt. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP wird bis 2025 auf 6,2 % sinken und damit zu den niedrigsten in den OECD-Ländern gehören. Ein Geschäft für private Konzerne, da der Nationale Gesundheitsdienst (SSN), nicht in der Lage sein wird, Prävention, Pflege und das Recht auf Gesundheit für

alle zu gewährleisten. Schon jetzt verzichten Millionen von Menschen aufgrund langer Wartelisten oder aus wirtschaftlichen Gründen auf Behandlungen, Facharztbesuche und Präventionsmaßnahmen.

Die dem SSN zugewiesenen Mittel müssen erheblich aufgestockt werden, angefangen mit der sofortigen Rückgabe der gekürzten zweistelligen Milliardenbeträge; der Anteil des BIP, der für das Gesundheitswesen bereitgestellt wird, muss verdoppelt werden. Die für das lombardische Modell typischen privaten Gesundheitseinrichtungen entziehen der öffentlichen Hand Mittel; die von diesen Einrichtungen erbrachten Leistungen müssen verstaatlicht und die dort Beschäftigten wieder in den SSN eingegliedert werden.

Im Gesundheitswesen ist ein außerordentlicher Einstellungsplan erforderlich, der mit der sofortigen Einstellung von mindestens 100.000 Fachkräften des Gesundheitswesens und der Medizin sowie die Stabilisierung aller prekär Beschäftigten. Ihre Gehälter, die zu den niedrigsten in Europa gehören, müssen erhöht werden. Die Unsicherheit von Tausenden von Arbeitnehmern in diesem Sektor, die aufgrund der Prozesse der Privatisierung unter noch ausbeuterischeren Bedingungen arbeiten, muss bekämpft werden: Gleiche Arbeit muss den gleichen gesetzlichen Bedingungen und dem gleichen Lohn entsprechen.

Um die Prävention wieder in Gang zu bringen, muss das territoriale Gesundheitsnetz ausgebaut werden, einschließlich des ambulanten Netzes, mit Investitionen in die Hauspflege, die Allgemeinmediziner, die Rehabilitation und alle spezialisierten Dienste, die Behandlung chronischer Krankheiten und Suchtkrankheiten sowie die sog. Gesundheitsheime (casa della salute).

Die Pandemie hat außerdem gezeigt, wie wichtig es ist, im Bereich der öffentlichen Gesundheit in die Forschung zu investieren, die nicht prekär sein kann. Stattdessen basiert die italienische Gesundheitsforschung auf prekärer Arbeit von sehr langer Dauer. Die Arbeitsverhältnisse der Forscher müssen stabilisiert werden. Die CGIL muss sich für die Aussetzung von Patenten in der wissenschaftlichen und gesundheitlichen Forschung einsetzen, da dies nicht nur ein Instrument der Fairness, sondern auch der globalen öffentlichen Gesundheit ist. Der Schutz der Gesundheit darf nicht dem Schutz des geistigen Eigentums untergeordnet werden, vor allem dann nicht, wenn die Patente das Ergebnis einer von der öffentlichen Hand subventionierten Forschung sind. Gesundheit darf keine Grenzen haben, und schon gar nicht darf sie zu einem Geschäft für große multinationale Pharmaunternehmen werden.

6.3 Nein zur zusätzlichen privaten Gesundheitsversorgung

Die Schwierigkeit des öffentlichen Gesundheitswesens, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden, hat den Weg für die Privatisierung geebnet. Es ist nicht ein Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen, der diesen Prozess antreibt, sondern eine Strategie, die es großen Wirtschaftsgruppen ermöglicht, auf Kosten der Menschen zu profitieren. Eine zusätzliche private Gesundheitsversorgung ist nur dann sinnvoll, wenn nur wenige Menschen davon profitieren. Ihr oberstes Ziel ist der Profit und nicht die Gesundheit der Menschen. Sie ergänzt die öffentliche Gesundheitsfürsorge nicht, sondern ersetzt sie im Gegenteil und schwächt sie.

Unter anderem stürzt der Anstieg der privaten Leistungen die Kassen selbst in eine Krise, wie im Fall von Metasalute (der vertragliche Gesundheitsfonds der Metallarbeiter), der nach jahrelangen Ablehnungen und Ineffizienzen fast einen Konkurs riskierte und dann die Kosten durch die Einführung von Zuzahlungen auf die Mitglieder abwälzte. Die CGIL muss die gesundheitliche Zusatzversorgung in den nationalen Verträgen aufheben.

6.4 Nein zu einer differenzierten Autonomie

Die Pandemie hat die schädlichen Auswirkungen der Regionalisierung und der Differenzierung noch der Gesundheitsdienste und ihrer Qualität auf territorialer Basis deutlicher gemacht. Die Regionalisierung war einer der Gründe für die Ineffizienz der Impfkampagne. Dennoch forderten viele Regionen, allen voran die Lombardei, Venetien und die Emilia Romagna, weiterhin die Anwendung einer differenzierten Autonomie.

Eine differenzierte Autonomie wäre eine Katastrophe, denn sie würde den Schaden der Regionalisierung, der bereits durch die Änderung von Titel V der Verfassung entstanden ist, und die ohnehin schon große Kluft zwischen dem Norden und dem Süden des Landes noch vergrößern. Jede Region wird ihren eigenen Teil der

Ressourcen im Wettbewerb mit den anderen verwalten, und die Menschen werden je nach Gebiet, in dem sie wohnen, unterschiedliche Rechte und Dienstleistungen haben. Die Gesundheitsfürsorge wird weiter geschwächt, die Schulen werden ihre Einzigartigkeit und Einheit verlieren, der Staatsvertrag selbst wird in Frage gestellt, während neue Privatisierungen und eine weitere Zunahme der Ungleichheiten entstehen werden. Dieses ungerechte Projekt der Spaltung des Landes muss gestoppt werden, und die CGIL muss sich entschlossen gegen jede Form der differenzierten Autonomie wenden.

6.5 Für öffentliche und allgemeine Hilfe

Seit Jahren steigt die Zahl der älteren Menschen, die pflegebedürftig und/oder behindert sind, stetig an, ohne dass die Mittel für die Gesundheitsversorgung entsprechend aufgestockt werden. Während der Pandemie wären so viele Todesfälle unter den älteren Menschen und dem Personal der RSAs, der Altenheime, der persönlichen Dienstleistungsagenturen (Asp) und der Sozialgenossenschaften vermieden worden, wenn mehrere Regionen nicht die fatale Entscheidung getroffen hätten, Covid-Patienten, die nicht mehr in Krankenhäusern behandelt werden, in die RSAs zu verlegen, und wenn es generell einen echten Notfallplan und öffentliche Investitionen in die Dienste gegeben hätte.

Das Netz für häusliche Pflege muss auf Wunsch den Verbleib der nicht selbstständig lebenden Person in ihrer eigenen Wohnung gewährleisten. Der Zugang zu den Dienstleistungen, die Betreuung der Person und die Festlegung von personalisierten Lösungen müssen strikt in der Zuständigkeit des öffentlichen Dienstes verbleiben und dürfen nicht an Sozialgenossenschaften abgetreten werden. Sie müssen dem öffentlichen Personal anvertraut werden, einen qualitativ hochwertigen Service bieten und vor allem für alle zugänglich sein, insbesondere für die schwächeren Bevölkerungsschichten, indem die zuvor privaten Unternehmen anvertrauten Dienstleistungen wieder internalisiert werden. Die CGIL muss ein Systemgesetz fordern, das eine strukturelle und stabile Finanzierung vorsieht, und eine groß angelegte Kampagne gegen prekäre Arbeit in diesem Sektor starten.

Ganz allgemein muss die CGIL in einem Produktionssystem, das sich der uneingeschränkten Ausbeutung der Arbeitskräfte verschrieben hat, den Schutz der schwächeren Teile des Arbeitsmarktes, der Menschen mit Behinderungen und der von anstrengenden Arbeitszyklen und hohen Arbeitsrhythmen erschöpften Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fordern. Wir brauchen eine stabile Politik und Finanzierung für ihre Unterstützung und Integration in die Arbeitswelt. Es muss eine starke Initiative gestartet werden, um die weit verbreitete Nichtanwendung des Gesetzes 68/1999 über die Eingliederung und Integration von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt und allgemein die Zurückhaltung der italienischen Unternehmer und einiger öffentlicher Verwaltungen zu überwinden, die sich ausschließlich auf die Logik der Produktivität ohne Bezug auf die sozialen und ethischen Ziele, die sie verfolgen sollen, beziehen.

6.6 Bildung und Forschung müssen öffentlich und unabhängig von Unternehmensinteressen sein

Eine lange Zeit der Gegenreformen hat die Schulen und Universitäten geschwächt und die Errungenschaften der Gesellschaftskämpfe der 1970er Jahre zunichtegemacht. Es wurde ein Marktmodell eingeführt, das auf der Autonomie der Institute, zentralisierten Bewertungssystemen (Leistungsprämien) und der Flexibilisierung von Qualifikationen und Lehrplänen beruht, was die Ungleichheiten verstärkt und den Lehrerberuf bürokratisiert. Die Gelmini - Reformen und Kürzungen haben die Prekarität unverhältnismäßig erhöht, der Universität 20 Prozent der Ressourcen, des Personals und des Bildungsangebots entzogen und die Schule durch Überbelegung, den Alleinigen Lehrer (insegnante unico) und die Reduzierung des Vollzeitunterrichts verstümmelt. Die "Buonascola" löste eine große Gegenbewegung aus, der es gelang, die Prämien und die direkte Berufung abzuschaffen, ohne jedoch andere Elemente (Alternierung Schule-Arbeit, Kompetenzlogik, INVALSI, private Durchdringung usw.) zu beeinträchtigen. Die Kindergärten decken heute nur ein Viertel der benötigten Plätze ab, vor allem im Norden und in den Städten, die Hälfte in privaten Einrichtungen und alle mit erheblichen Gebühren. Die BuonaScuola und das Gesetzesdekret 65/2017 haben ein Null-Sechs-System geschaffen, in dem die Einrichtungen und das Personal nicht öffentlich sind und keine Schulen sind: Im Gegenteil, der Schulbesuch außerhalb der öffentlichen Schulgebäude ist erlaubt. Vielmehr

muss das Recht der Kinder auf Spiel, Geselligkeit und Begleitung in öffentlichen und kostenlosen Einrichtungen auf dem gesamten Staatsgebiet universell und einklagbar sein, mit einem außerordentlichen Einstellungsplan und einer angemessenen vertraglichen Anerkennung.

Das Management der Pandemie durch Conte und Draghi war ein Desaster. Die Schulen sind nicht sicher gemacht worden (Personal, Räume, Belüftung, ffp2, Transport), was zu Verwirrung, Schließungen und Fernunterricht geführt hat. Ungleichheiten, Bildungsabbrüche, weit verbreitete psychologische und soziale Probleme haben zugenommen. Die Arbeitsbelastung des gesamten Personals hat zugenommen. In der Universität hat dieses Management der Pandemie die Autonomie vertieft (auch durch die Überarbeitung des Gesetzes 240/2010), die Lehrmethoden diversifiziert und ein Modell skizziert, das nicht nur zwischen den Universitäten, sondern auch innerhalb der Universitäten zwischen Exzellenzkollegs, Präsenz- und Online-Präsenz unterteilt ist.

Mit dem PNRR und dem Haushaltsgesetz 2022 wurden Mittel eingeführt (die für die Universitäten und die Forschung von großer Bedeutung sind), die jedoch dazu verwendet werden, mit unterschiedlichen Vertragserneuerungen den Bereich noch mehr zu spalten, Räume für den privaten Sektor zu öffnen, die Prekarität zu erhöhen und vor allem die Wettbewerbspolitik des Systems zu radikalieren. Bei den Kinderhorten besteht durch die Beibehaltung der Unklarheiten des Null-Sechs-Zyklus die Gefahr, die paritätischen und privaten Strukturen zu privilegieren, die heute ein Drittel der Einschreibungen abdecken, auch aufgrund der Bestimmungen des Präsidialdekrets/89/2000. In den Schulen wird die Ausbildung zentralisiert und ein leistungsbezogenes Bonusgehalt vorgeschrieben, was die Freiheit des Lehrens beeinträchtigt. An der Universität werden Stiftungen bevorzugt und die Flexibilität in der Ausbildung wird wiederbelebt (Revision des Dekrets 270/04)

Die Forschung wurde in den letzten Jahren in verschiedene Ämter und Realitäten zerlegt, was die Entwicklung von Stiftungen begünstigt, die die Arbeit den Rahmen des öffentlichen Systems verzerren. Die Forschung hat sich also an den Bedürfnissen der Unternehmen orientiert und die Ressourcen auf den Technologietransfer konzentriert. Stattdessen muss die freie Grundlagenforschung wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden, um die Unterordnung dieses Sektors unter die multinationalen Unternehmen und die Profitlogik zu vermeiden.

Die CGIL muss sich in Verbindung mit der Studentenbewegung und Fridays For Future (FFF) gegen diese liberalistischen und gewerkschaftsfeindlichen Politik wenden, indem sie mit Entschlossenheit, Kontinuität und Beharrlichkeit eine Bewegung für die Einheit der Schulen und Universitäten, gegen jede differenzierte Autonomie, für ihr öffentliches, demokratisches, gegen jede Unternehmenslogik und für die Wiederherstellung von Stabilität, Löhnen und Rechten des gesamten Personals im Forschungsbereich entwickeln. Öffentliche und obligatorische Kinderhorte müssen in allen Gebieten ausgebaut werden, und zwar sowohl als Vollzeit als auch als verlängerte Betreuung. Die Schulpflicht muss auf 18 Jahre angehoben werden, in einem einheitlichen fünfjährigen Schulzyklus (mit verschiedenen Bildungsgängen), und die Überbelegung der Klassen muss beseitigt werden (maximal 20 Schüler). Alle Stellen müssen mit fest angestellten Lehrkräften besetzt werden; die Freiheit des Unterrichts muss verteidigt werden, der schulische Teil des Gesetzesdekrets 36 und die Renzi-Reform müssen aufgehoben werden, und wir müssen gegen jede Lohndifferenzierung nach "Leistung" und gegen den Eintritt des Privatsektors kämpfen, auch mit "Territorialabkommen". Der Zugang zu den Universitäten muss durch die Abschaffung der Studiengebühren und der Zulassungsbeschränkungen erleichtert werden, und ein nationales System muss durch die Aufhebung des Gelmini-Gesetzes, die Einführung einer einheitlichen Rolle der Lehrkräfte und die Abschaffung der wettbewerbsorientierten Politik der Autonomie wiederbelebt werden.

Die CGIL muss sich für die Abschaffung der Alternanz zwischen Schule und Beruf einsetzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Studentinnen und Studenten als Arbeitskräfte für private Unternehmen eingesetzt werden und dabei ihr Leben aufs Spiel setzen, wie die jüngste Chronik zeigt. Es ist nicht hinnehmbar, dass ihnen Stunden des Lernens verwehrt werden, um sie von klein auf in Betrieben auszubilden, damit sie sich den Unternehmen unterordnen. Die staatliche Schule soll nicht einen Beruf lehren, sondern Bürger ausbilden, die

in der Lage sind, kritisch zu denken und intellektuelle Neugier, Kreativität, Akzeptanz und Wertschätzung von Unterschieden zu entwickeln.

6.7 Das Recht auf Wohnen

Angesichts der zunehmenden Wohnungsnot muss das Recht auf Wohnen verteidigt werden. Preise, Mieten und Darlehen sind für viele Familien, insbesondere für Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Arme, unerschwinglich. Die Zahl der Sozialwohnungen ist auf ein Minimum reduziert, und Zwangsräumungen, Zwangsversteigerungen und Zwangsvollstreckungen von Immobilien nehmen jedes Jahr zu. Gleichzeitig werden die Städte zunehmend durch Bauspekulationen zementiert, während in ganz Italien Millionen von Häusern leer stehen, viele davon im Besitz großer Immobiliengesellschaften. Es sind Maßnahmen zur Senkung der Preise erforderlich, umso mehr in einer Zeit, in der die Inflation in die Höhe schießt. Die öffentliche Finanzierung von Sanierungsprämien hat zwar Arbeitsplätze in diesem Sektor geschaffen, aber die Reichen und großen Bauträger begünstigt. Die CGIL muss gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, die sich an dieser Front engagieren, fordern, dass die öffentlichen Mittel für das Recht auf Wohnen eingesetzt werden, indem sie die Sanierung der Randgebiete und der Arbeiterviertel sowie einen nationalen Plan für den sozialen Wohnungsbau fordern und auch die Bereitstellung ungenutzter Immobilien fordern.

7. Frieden schaffen, den Planeten verteidigen, ein neues Entwicklungsmodell fordern

7.1 Für den Frieden, die Umwelt, die Kunst und die Schönheit

Den politischen und gewerkschaftlichen Kräften fehlt es an einem ausreichenden Verständnis für den Ernst der Lage, in der wir uns auf allgemeiner Ebene befinden, und für die dringende Notwendigkeit, radikal andere Wege einzuschlagen. "Man kann ein Problem nicht mit derselben Mentalität lösen, die es geschaffen hat, man muss seine Mentalität ändern" (Albert Einstein). Das heißt, es sind einschneidende und radikale Maßnahmen erforderlich, um eine Hegemonie zu erlangen, die in der Lage ist, eine Massenmobilisierung für die Erhaltung des Planeten, gegen den Krieg und für die Verteidigung des Friedens, gegen die Aushöhlung der Löhne und für die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu bewirken, um eine Bewegung der gesamten Arbeiterschaft aufzubauen, die in der Lage ist, sich das Ziel zu setzen, die bestehenden Verhältnisse zu überwinden. Der Frieden, die Lebensqualität und die Luft zum Atmen, die Gesundheit, die Sicherheit und die Würde der Menschen, die in einem Gebiet arbeiten und leben, sowie die Schönheit und das künstlerische Erbe eines Landes lassen sich nicht mit Profit, Privatisierung, Krieg und kapitalistischer Ausbeutung der Ressourcen des Planeten vereinbaren. Das ist es, was radikal in Frage gestellt werden muss.

Die CGIL muss sich für ein Modell der friedlichen Entwicklung und der Solidarität einsetzen, eine Alternative zu einem kriegerischen Kapitalismus, der die Natur, die Gesellschaft und die Demokratie zerstört und in dem nur der Profit der Unternehmen zählt. Wir müssen unsere internationalistische Tradition, mit der wir immer das Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit von Kurdistan bis Palästina verteidigt haben, bekräftigen und ausbauen und uns jeder Logik des Krieges zwischen Mächten widersetzen. Wir müssen gemeinsam mit der internationalen pazifistischen Bewegung mobilisieren und eine allgemeine Antikriegsbewegung fördern, den Frieden unterstützen, die Wiederaufrüstung und die Lieferung von Waffen verhindern, den Austritt Italiens aus der NATO und die schrittweise Schließung der Stützpunkte im Land fordern, die eine enorme Verschwendung von Ressourcen sowie eine Quelle von Gefahr, Zerstörung und Tod. Worte reichen hier nicht aus: Direkte Aktionen müssen gefördert werden, wie die der Hafendarbeiter, die in den Streik traten und sich weigerten, Waffen aus den Häfen zu lassen.

Im Kampf um den Schutz des Planeten müssen die Beziehungen und die Konvergenz mit den Bewegungen, insbesondere Fridays For Future (FFF), verstärkt werden. Die CGIL muss Teil dieser Radikalität sein, indem sie die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen zum Anlass für einen allgemeinen gesellschaftlichen Wandel nimmt und eine öffentliche Politik auf der Grundlage eines neuen Entwicklungsmodells fordert. Es ist notwendig, die umweltverschmutzende Produktion unter Einsatz modernster Technologien

umzustrukturieren, nicht mehr zu rettende Anlagen, die Quellen der Verschmutzung und des Todes sind, umzuwandeln. Diese Anlagen sind zu verstaatlichen und unter die Kontrolle derjenigen zu stellen, die dort arbeiten, und so die Standorte und Gebiete zurückzuerobern. Insbesondere müssen wir die Wiederbelebung der ehemaligen Ilva fordern, beginnend mit ihrer technologischen und ökologischen Sanierung, um sie zu einem Modell für den Übergang zu Produktionsprozessen zu machen, die die Umweltverschmutzung reduzieren, zum Beispiel mit elektrischen Öfen, und gleichzeitig das Beschäftigungsniveau sichern.

Wir müssen uns der Privatisierung widersetzen und für den Schutz und die Verstaatlichung von Gemeingütern kämpfen, angefangen bei so wichtigen Gütern wie Wasser. Wir müssen uns gegen den Gesetzesentwurf DDL Concorrenza wehren, der eine neue Saison der Privatisierung von Dienstleistungen eröffnet und versucht, das Ergebnis des Referendums von 2011, das bereits weitgehend missachtet wurde, zu annullieren. Stattdessen muss das nationale Gesetz für eine erneute Verstaatlichung der Wasserversorgung unterstützt werden, das von den verschiedenen Regierungen, die auf den Sieg im Referendum folgten, abgelehnt wurde. Das Vorhaben der großen börsennotierten Multi-Utilities, auch im Süden zu expandieren (allen voran IREN, A2A, HERA und ACEA), die bereits die wichtigsten Betreiber im Zentrum und Norden Italiens sind, muss gestoppt werden. Es ist wichtig, die nationale und territoriale Initiative zu unterstützen, um eine öffentliche Verwaltung durch öffentlich-rechtliche Körperschaften zu erreichen, nicht nur im Bereich der Wasserversorgung, sondern auch im Bereich der Abfallentsorgung und der Gas- und Stromverteilung, mit Hilfe von Instrumenten wie der speziellen Gesellschaft, die die Aufrechterhaltung von Branchentarifen ermöglicht. Wir müssen in erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff, in die Verringerung der Umweltverschmutzung und des Flächenverbrauchs sowie in einen integrierten, öffentlichen und umweltfreundlichen Abfallkreislauf investieren, um die Abfälle aus dem Produktions- und Verpackungszyklus schrittweise zu reduzieren.

Wir müssen die Schönheit dieses Landes, seine unermesslichen Landschaften, sein künstlerisches, kulturelles und archäologisches Erbe, das sich über das gesamte Territorium erstreckt, verteidigen, schützen und aufwerten und die Welt der Kunst, der Restaurierung, der Kultur und der Unterhaltung wieder in die öffentliche Verwaltung zurückführen. Dies Bereiche sind zunehmend in den Händen von Privatpersonen und Genossenschaften, Massentourismus, Aufsichtsbehörden, Stiftungen und politische Lobbys befinden. Die Beschäftigten in diesen Bereichen sind zu Prekarität, Schwarzarbeit und Gratarbeit, und dem strukturellen Mangel an sozialen Abfederungsmaßnahmen verurteilt, was sich während der Gesundheitskrise dramatisch gezeigt hat. Die CGIL muss gemeinsam mit den in dieser Welt verwurzelten Bewegungen eine allgemeine Mobilisierung für den Sektor fördern, angefangen bei den schon so oft angekündigten und nie verwirklichten „Stati Generali“ für Kunst, Kultur und darstellende Künste, um diesem strategischen Sektor des Landes eine Perspektive sowohl der Aufwertung und öffentlichen Investition als auch des Schutzes der Rechte der in ihm Tätigen zu geben.

7.2 Für ein neues Verkehrs- und Transportmodell

Das Land weist infrastrukturelle Unterschiede auf, die es in drei Teile teilt: den Norden, den Süden und den tyrrhenischen Gürtel. Die Unzulänglichkeiten werden hauptsächlich auf den Schultern der arbeitenden Männer und Frauen abgewälzt. Die verschiedenen Instrumente der Infrastrukturplanung der letzten Jahre sind gescheitert, vor allem, wenn man den hohen Grad an mafiöser Unterwanderung und Korruption berücksichtigt. Übermäßige Bürokratie und das Vergabesystem machen die Vergabe und Ausführung geplanter Arbeiten schwerfällig. Der durchschnittliche Zeitaufwand für die Durchführung eines 100-Millionen-Projekts wird auf etwa 15 Jahre geschätzt, eine Verzögerung, die die Kluft zwischen den verschiedenen geografischen Gebieten vervielfacht und die Entwicklungsprozesse beeinträchtigt.

Es ist notwendig, die Frage der Verkehrs- und Infrastrukturnetze anzugehen, um das in Artikel 16 der Verfassung verankerte Recht auf Reisen auf dem gesamten Territorium durchzusetzen und die strukturellen Probleme anzugehen, die schon immer bestanden haben und die sich aus den tiefgreifenden Veränderungen der letzten Jahre ergeben haben: Gigantismus in der Schifffahrt, Hochgeschwindigkeit, elektronischer

Handel, Digitalisierung der Sendungsverfolgung, Logistik, Fahrradkuriere und das gesamte ausbeuterische Prekariat.

Im Luftverkehr haben Billigfluggesellschaften die Art und Weise, wie die Menschen reisen, radikal verändert und die Kosten auf die Arbeitnehmer in diesem Sektor abgewälzt. Im öffentlichen Personennahverkehr hat sich die Marktlogik mit der Unterscheidung von schwachen Strecken und der damit verbundenen Einschränkung der Dienstleistungen für die Nutzer durchgesetzt. Nach wie vor entfallen 85 % des Gütertransits auf den Straßenverkehr. Im Eisenbahnsektor wurde bei den großen Investitionen der Profit in den Vordergrund gestellt und nicht in den Regional- und Nahverkehr investiert. Nicht einmal zahlreiche Blutvergießen, allen voran das Blutbad von Viareggio, haben dazu beigetragen, ein anderes Modell durchzusetzen, das diesen Sektor endgültig der Logik des Profits und des Kapitals entziehen würde. In all diesen Sektoren müssen die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten, der Dienstleistungsnutzer und der Gebiete, durch die die Dienstleistung verläuft, im Vordergrund stehen.

Nachhaltige Mobilität muss eingefordert werden, und zwar nicht nur durch Anreize für Elektroautos und durch Investitionen in die notwendige Infrastruktur, sondern vor allem durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Pendlernetze sowie durch ein Umdenken im Vorfeld, was die Zeiten und Räume der Städte betrifft.

Infrastrukturen schaffen Wohlstand, entziehen der Gemeinschaft aber Territorium. Die CGIL muss einen ständigen Druck auf die Planung und Durchführung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen ausüben, wobei aber auch das Gebiet zu schützen ist. Sie muss sich gemeinsam mit den Bewegungen gegen die vielen unnötigen Großprojekte wenden, wie die TAV, das der emblematischste Fall eines schädlichen, aufgezwungenen Werks ist, das Ressourcen vergeudet und zu einem Nährboden für Misswirtschaft und Bestechung wird. Unsere großen Aufgaben müssen die Schulen und das Gesundheitswesen sein, der Ausbau des peripheren Eisenbahnnetzes, insbesondere im Süden, und die Sicherung des Territoriums.

7.3 Für die Entwicklung und das Wachstum des Südens

Generell muss eine Investitionspolitik im Süden unterstützt werden, die jahrzehntelang in der politischen Agenda des Landes gefehlt hat.

Dies ist auf die politische Verantwortung, aber auch auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen, mit der sie dieses Thema als Priorität für das Land unterstützt haben. Die Regionen des Südens sind verödet, und bis auf wenige Ausnahmen sind ganze Landstriche deindustrialisiert, verarmt und in verschiedener Hinsicht rückständig. Auch die Lebenserwartung ist niedriger und die Abwanderung junger Menschen in den Norden und ins Ausland hält unvermindert an. Das Gesundheitswesen, die Schulen und Universitäten sind strukturell geschwächt, und der Rückstand gegenüber dem Rest des Landes und Europa ist enorm. Die Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit hat ein unannehmbares Niveau erreicht. Die Würde ganzer Bevölkerungsteile wird durch ein Wirtschaftssystem, das Reichtum produziert, der nicht umverteilt wird, verletzt. Obwohl der Süden über ein immenses kulturelles, archäologisches, historisches und landschaftliches Erbe verfügt, leidet er unter der Unfähigkeit einer herrschenden Klasse, die sich nicht um dessen Aufwertung kümmert oder sie nicht fördert.

Die CGIL muss eine Mobilisierungskampagne für die ethische, politische, soziale und wirtschaftliche Aufwertung von Millionen von Menschen in Südtalien ins Leben rufen. Wir brauchen Infrastrukturen, Investitionen in Dienstleistungen, neue industriepolitische Initiativen, eine Überwindung von der hydrogeologischen Instabilität und eine umweltfreundliche Tourismuspolitik mit internationaler Ausrichtung.

Wir müssen auch die Art und Weise ändern, wie wir soziales Handeln und Repräsentation betreiben, denn gerade im Süden Italiens besteht ohne eine echte Wiederbelebung die Gefahr, dass unsere Gewerkschaftssitze in einer chronischen Verwaltungskrise verharren.

8. Bürgerliche und soziale Rechte. Keine Diskriminierung und kein Hass mehr.

Die CGIL muss ihre Autorität durch verstärkte soziale Konflikte zurückgewinnen, und zwar auf dem wesentlichen Terrain der sozialen und wirtschaftlichen Rechte, angefangen bei Löhnen, Renten, Arbeitszeiten und dem Sozialstaat. In den letzten Jahren wurden diese Bedürfnisse allzu oft von anderen Akteuren als Vorwand instrumentalisiert, um sozialen Hass und Spaltungen zu schüren: Ältere gegen Junge, Italiener gegen Migranten, Männer gegen Frauen, Festangestellte gegen prekär Beschäftigte, öffentliche gegen private Beschäftigte, Nord gegen Süd. Diese Logik muss durchbrochen werden, und der falsche Gegensatz zwischen sozialen und bürgerlichen Rechten muss in Frage gestellt werden. Nicht nur, weil dies Teil unserer Identität ist, die wir mit Nachdruck vertreten, sondern auch, weil Rechte, die nicht jedem zustehen, Privilegien sind. Niemand verbessert seine Lage auf Kosten anderer; die Schwäche der einen macht letztlich alle schwach.

Wir müssen daher mit Überzeugung eine Reihe von Kampagnen zur sozialen Solidarität, zum Kampf gegen Rassismus, Faschismus und geschlechtsspezifische Diskriminierung wiederaufnehmen und unser Engagement auf dem Gebiet der Bürgerrechte, gegen Caporalato, Schwarzarbeit und Mafia bekräftigen. Wir müssen uns mit neuer Energie allen sicherheitspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre widersetzen, die von jeder Regierung, gleich welcher politischen Couleur, durchgeführt werden.

8.1 Gegen Rassismus, Faschismus und Unterdrückung

Wir sind gegen alle Politiken, die den Hass nähren, angefangen beim Bossi-Fini Gesetz, das nach 20 Jahren noch niemand in Frage gestellt hat, bis hin zu den Sicherheitsdekreten von Maroni, Minniti und Salvini, die ebenfalls noch in Kraft sind und vom gleichen Prinzip des Verbots, der Abschreckung und der Kriminalisierung geprägt sind. Die CGIL muss in dieser Frage wieder eine proaktive und verhandlungsführende Rolle übernehmen und ein integratives System zur Aufnahme und Integration sowie generell zur Steuerung der Migrationsströme fordern.

Die Rechte von Migranten sind unsere Rechte. In einigen Sektoren sind ihre Arbeits- und Lebensbedingungen schlichtweg inakzeptabel, insbesondere in der Landwirtschaft und in der Logistik, vor allem im Süden, aber zunehmend auch im nördlichen Zentrum. Vor allem hier muss die CGIL das Prinzip der "Straßengewerkschaft" praktizieren und zum Träger von Rechten, Zivilisation, Legalität und Würde werden. Gleichzeitig muss an jedem Arbeitsplatz eine Kampagne gegen Vorurteile und Diskriminierung, gegen alle Formen von Rassismus, gegen die Kriminalisierung des illegalen Aufenthalts, für das Wahlrecht für alle, für transparente Regeln, bestimmte und kürzere Fristen für das bedingungslose Recht auf Staatsbürgerschaft, für das ius soli und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft für Minderjährige, die in Italien studieren, durchgeführt werden.

Die CGIL muss sich für die Gewährleistung des Rechts auf Asyl und für eine Aufnahmepolitik für alle Flüchtlinge und Vertriebenen einsetzen und die Instrumentalisierung derjenigen zurückweisen, die einige aufnehmen und andere vergessen. Der Krieg trägt in der Tat zur Manipulation und Instrumentalisierung des Migrationsphänomens bei. Es besteht ein Widerspruch zwischen der sehr gerechten Aufnahme von Frauen und Männern, die aus der Ukraine kommen, und der Ablehnung derjenigen, die aus dem Mittelmeerraum oder dem Nahen Osten kommen, insbesondere aus Syrien und Afghanistan.

Die CGIL muss die Rolle der Migranten intern stärken und alle Hindernisse für ihre Anwesenheit beseitigen in den RSU, in den Vorständen, in den Gremien und in den Sekretariaten auf allen Ebenen.

Im Bereich des Kampfes gegen den Faschismus muss die CGIL in erster Linie mit Partizipation und Mobilisierung reagieren, nicht nur, indem sie sich selbst verteidigt, wie nach dem beschämenden Angriff auf unseren nationale Gewerkschaftssitz und unsere vielen territorialen Büros, sondern auch, indem sie zum Gegenangriff übergeht, indem sie gemeinsam mit der ANPI das Verbot neofaschistischer Organisationen fordert und sich auf der Ebene der sozialen, politischen und kulturellen Militanz all jenen widersetzt, die versuchen, die politische und gewerkschaftliche Beweglichkeit der Arbeitnehmer zu beschränken.

8.2 Für die Freiheit, die Rechte und die Selbstbestimmung der Frauen

Ausgehend vom Protagonismus und der Selbstbestimmung der Frauen, engagiert sich die CGIL gegen Patriarchat, Feminizid und geschlechtsspezifische Gewalt, Sexismus, Familismus, Homolesbobitranphobie und alle geschlechtsspezifischen Diskriminierungen am Arbeitsplatz (Lohnunterschiede, Prekarität, benachteiligende Bedingungen bei der Arbeitszeit, unfreiwillige Teilzeit, Sicherheit usw.).

Wir engagieren uns an vorderster Front gegen männliche Gewalt gegen Frauen, angefangen bei der Verteidigung und dem Ausbau säkularer und feministischer Anti-Gewalt-Zentren. Wir kämpfen für die Anerkennung der Entscheidungsfreiheit von Frauen in allen Ländern der Welt und dafür, dass Abtreibung überall sicher, kostenlos und entkriminalisiert ist. In Italien fordern wir die Sanierung, den Ausbau und die Finanzierung der öffentlichen Beratungsstellen sowie die uneingeschränkte Anwendung des Gesetzes 194/1978 über den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch, der flächendeckend und ohne Verzicht auf eine Verweigerung aus Gewissensgründen gewährleistet sein muss. Die Unentgeltlichkeit der RU486 Pille und ihre Verteilung außerhalb von Krankenhäusern muss gewährleistet sein.

Wir fordern mehr Schutz für alle erwerbstätigen Mütter und eine umfassende Absicherung auch für Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen. Die Regelung, die Arbeit bis zum neunten Monat "erlaubt", muss gestrichen werden, strenge Regeln gegen Blanko-Kündigungen müssen wiedereingeführt werden, 100 Prozent Beitrag und Lohnintegration müssen für gefährdete Mütter anerkannt werden, der obligatorische Urlaub für Väter muss verlängert werden, die Lohnabdeckung für den Elternurlaub muss erhöht werden, und für Rückkehrerinnen aus Zeiten der Arbeitsenthaltung müssen Berufsbildungskurse eingeführt werden.

Wir mobilisieren gegen jede Instrumentalisierung des Frauenkörpers in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, gegen jede Politik, die sich an der familistischen, bigotten und rückschrittlichen Logik des Family Day orientiert. Wir starten eine Kampagne gegen das toxische und paternalistische Narrativ, das uns tagtäglich von den Medien und Schulbüchern aufgezwungen wird, gegen die Kultur des Besitzes und für die Verteidigung des Prinzips der Zustimmung, bei dem NEIN einfach NEIN heißt. Wir starten eine Kampagne gegen Mobbing am Arbeitsplatz, beginnend mit der Anerkennung von Mobbing als ein Risiko, das in das Dokument der Risikobeurteilung (DVR) aufgenommen werden muss.

Wir müssen Schulungen und Informationen durchführen, auch intern, um die Räume, die Rolle und die Präsenz von Frauen zu stärken, weit über die Quoten hinaus, indem wir uns mit der Frage einer integrativeren Sprache und der Art und Weise, wie wir als Gewerkschaft auftreten, befassen und die Mechanismen zur Auswahl der Führungsteams, die Modalitäten und Zeitpläne unserer Arbeit und unserer Sitzungen überwachen.

Die CGIL muss in ihrer gegenseitigen Autonomie die internationale transfeministische Bewegung von „Nonunadimeno“ unterstützen und schließlich den Generalstreik vom 8. März als Kampfinstrument teilen. Es ist wichtig, im Zusammenhang mit der LGBTQ+-Bewegung die Themen aufzugreifen, die wir für die Zan DDL gegen Homolesbobitranphobie und Behindertenfeindlichkeit unterstützt haben, und am Arbeitsplatz eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne zu starten, aber auch für die Anerkennung der Rechte von Transgender-Personen am Arbeitsplatz (z.B. Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für die Forschung und den Zugang zur Arbeit, Anerkennung von Alias-Karrieren, besondere Maßnahmen für die Gesundheit und Sicherheit von Personen, die therapeutische Maßnahmen oder Operateure zur Bestätigung der Geschlechtsidentität in Anspruch nehmen, besondere Pausen oder Genehmigungen für Therapien, Beachtung der Arbeitsbelastung in postoperativen Phasen, geschlechtslose Toiletten usw.).

9. Für eine autonome und "straßenorientierte" CGIL, die die Delegierten in den Mittelpunkt stellt

Die Formen der sozialen und politischen Repräsentation befinden sich überall in einer tiefen Krise, die auch durch die Auswirkungen der Pandemie verschärft wird. Der Drang zur Disintermediation und individualistische Tendenzen stellen die Gewerkschaft vor Entscheidungen, die nicht mehr aufgeschoben werden können. Die jüngste Generalversammlung der CGIL im Februar hat in Ermangelung alternativer

politischer Entscheidungen gegenüber der Vergangenheit die üblichen Liturgien erneut vorgeschlagen und keinen wirklichen Tempowechsel herbeigeführt.

Die Zahl der Mitglieder geht weiter stetig zurück. In Wirklichkeit gibt es sowohl in den traditionellen als auch in den innovativeren Sektoren eine starke Nachfrage nach Vertretung, die jedoch nicht aufgefangen und kaum organisiert wird. Die Gewerkschaft hat sich in ihrem Handeln als zutiefst unzulänglich erwiesen, manchmal abwesend, manchmal ineffektiv, fast nie der dramatischen Situation gewachsen, in der sich Arbeit, Löhne, Gesellschaft und der Planet selbst aufgrund der Klimakrise befinden.

Es ist notwendig, sich diese Schwäche einzugestehen, der weitgehenden Unfähigkeit der Politik entgegen zu treten, auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzugehen und eine neue, starke und mutige Antwort der Gewerkschaften anzulegen. Um wieder etwas bewirken zu können, müssen wir unsere Linie ändern, den Mut haben, wieder eine konfliktfähige, fordernde und klassenbezogene Gewerkschaft zu sein, mit dem Gefühl der Ohnmacht und der Niederlage brechen, das wir oft mit uns herumtragen, uns nicht scheuen, gegen Regierungen und Unternehmen aufzutreten, und vor allem keine Angst haben, das Wort Streik auszusprechen. Der Konflikt ist keine Schuld, sondern ein demokratisches Instrument zur Einforderung von Arbeitnehmerrechten, und wo er ausgetragen wird, führt er zu sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Wohlstand und sogar Entwicklung.

Die CGIL muss ihre antagonistischen Wurzeln wiederentdecken, die vielen weit verbreiteten und oft isolierten Konflikte stärken und zusammenführen, die Einheit der Arbeitskämpfe von unten stärken, auch durch die Unterstützung von Formen der Selbstorganisation und der gewerkschaftsübergreifenden Koordinierung zu allgemeinen Fragen und in einzelnen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen.

Die Einheit der Gewerkschaften muss in den Betrieben angestrebt werden, die der konföderalen Führung war in den letzten Jahren oft eine Bremse für die Kämpfe und hat uns von den Bewegungen entfernt. Es ist falsch, die "Einheitsgewerkschaft" vorzuschlagen. Die Unterschiede zu CISL und UIL bestehen nach wie vor, und wir dürfen sie nicht leugnen, sowohl im Hinblick auf die Werte, die uns inspirieren, als auch auf die gewerkschaftlichen und vertraglichen Praktiken. Wir sind keine Gewerkschaft, die Unternehmen und Regierungen um jeden Preis unterstützt, wir sind nicht für eine Beteiligung an Unternehmensvorständen. Wir sind die Gewerkschaft der Arbeitnehmer, nicht nur der Mitglieder. Wir sind die Gewerkschaft, die sich gegen eine bürgerfeindliche Politik wendet und sich gemeinsam mit den sozialen Bewegungen für Frieden, Umwelt, soziale und Bürgerrechte mobilisiert. Die CGIL muss mehr Orte und Räume für demokratische Diskussionen schaffen und eine echte Beteiligung an der Entscheidungsfindung fördern: Das bedeutet, dass unsere Entscheidungen nicht von oben herab getroffen werden, sondern von den Arbeitnehmern diskutiert und dann abgestimmt werden. Wir müssen zurückkehren, um die Arbeitsplätze zu stärken und in den Mittelpunkt zu stellen, die Demokratie zu stärken und die RSU in jedem Betrieb wählen zu lassen.

Es bedarf eines Kurswechsels, der auch das Organisationsmodell betrifft. Die CGIL muss eine Gewerkschaft der Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit sein, die ihre allgemeinen Interessen schützt und ihre Autonomie gegenüber Unternehmen, Institutionen und dem politischen Rahmen fördert. Wenn wir das vergessen haben, wie zum Beispiel, als wir das Ende der scala mobile und der Konzertierung akzeptierten, als wir uns nicht gegen das Fornero-Gesetz und die Manipulationen von Artikel 18 gewehrt haben, waren wir nicht in der Lage, unsere Aufgabe zu erfüllen: die Verteidigung der Arbeitnehmer.

Eine Dynamik, die durch das derzeitige bürokratische und von oben nach unten gerichtete Gewerkschaftsmodell gefördert wird, das sich zunehmend auf Dienstleistungen und bilaterale Ämter, Sekretariate und Regulierungszentren konzentriert, hat zusammen mit der langen Zeit der Konzertierung, der Akzeptanz von Verhandlungszwängen im Rahmen der Kompatibilität mit den Unternehmen. Ebenso durch den Rückzug aus Konflikten in weiten Teilen des Apparats, durch eine Gewohnheit des Konformismus und der Passivität, selbst in unseren eigenen Reihen. In dieser Logik werden Delegierte und RLS, die von der Mehrheitsmeinung abweichen oder sich entschiedener gegen die Unternehmen stellen, nicht wertgeschätzt und verteidigt, sondern im Stich gelassen, isoliert oder sogar unterdrückt. Wir brauchen eine neue Politik der Ausbildung und Einbindung von Gewerkschaftsaktivisten auf allen Ebenen, die nicht nur auf die Erneuerung der Generationen Wert legt, sondern auch auf Radikalität, Autonomie und Teilnahme an Arbeitskämpfen.

Die CGIL muss sich also neu gründen, angefangen bei den Mitglieder-Komitees und Delegierten. Bei den Verhandlungen auf der ersten und zweiten Ebene müssen immer die Interessen der Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen und nicht die des Kapitals. In jedem Betrieb müssen Vertreter gewählt werden, und das Konsolidierungsgesetz vom 10. Januar muss radikal in Richtung einer echten Arbeitnehmerdemokratie überarbeitet werden. Die Delegierten müssen in erster Linie die Vertreter der Beschäftigten sein und die Organisation darf ihnen keine Entscheidungen oder Vereinbarungen aufzwingen, die sie nicht teilen. Ihre Autonomie muss gestärkt werden, um das dialektische Verhältnis zu erneuern, das die besten Zeiten unserer Gewerkschaft gekennzeichnet hat. Deshalb ist es wichtig, partizipatorische Erfahrungen, wie die der GKN-Werksvertreter, wiederaufzunehmen und zu erweitern.

In diesem Rahmen müssen wir eine lebendige und dialektische Beziehung zu denen, die wir vertreten, wiederherstellen, auch in den schwieriger zu organisierenden Bereichen, in denen das Territorium und nicht der Arbeitsplatz zum Ort der gewerkschaftlichen Neuzusammensetzung und Organisation wird, auch indem Ressourcen auf die territoriale Organisationsebene gelenkt werden. Die CGIL muss wirklich eine Straßengewerkschaft sein, weniger bürokratisch, weniger an Institutionen und politische Macht gebunden und stattdessen in der Lage, die Arbeitnehmer einzubeziehen und zu organisieren, diejenigen, die Arbeit suchen oder keine finden, diejenigen, die bereits im Ruhestand sind.

Eliana Como

Mitgliedsausweis Nr. 4697165 Fiom Roma est, Cdlt Roma est, arbeitet in der nationalen Fiom
Cgil Vorstand - Fiom Vorstand - Fiom Bergamo Vorstand

Adriano Sgrò

Mitgliedsausweis Nr. 1641652 FP Mailand, arbeitet bei der Stadtverwaltung Mailand
Nationaler Vorstand Cgil - Vorstand der Arbeitskammer Mailand - Vorstand der FP auf nationaler, regionaler und territorialer Ebene der Lombardei - Generalversammlung der Cgil der Lombardei.

Mario Iavazzi

Mitgliedsausweis Nr. 2124367 FP Bologna, arbeitet bei FP Bologna
Vorstand Cgil - Cgil Emilia Romagna und regionaler Vorstand der Cgil Bologna - Nationaler und territorialer Vorstand der FP in Bologna

Gloria Baldoni

Mitgliedsausweis Nr. 3040474 SLC Ancona, arbeitete bei Poste Italiane, kürzlich in den Ruhestand getreten
Cgil nationaler Vorstand - SLC nationaler und territorialer Vorstand Ancona - Cgil Marken und Ancona

Aurora Bulla

Mitgliedsausweis Nr 1213871 SPI Brescia, im Ruhestand
Cgil nationaler Vorstand - Filctem Vorstand von Brescia - Filctem nationale Generalversammlung - Cgil Vorstand von Brescia - Cgil Generalversammlung der Lombardei

Luca Scacchi

Mitgliedsausweis Nr. 0008172 FLC Valle d'Aosta, arbeitet an der Universität Valle d'Aosta
Nationaler Vorstand der Cgil – Regionale Vorstand Valle d'Aosta – Nationaler Vorstand der FLC und Vorstand der Valle d'Aosta.